Nr. 273 — Jahrgang 17 Einzelnummer 0,20 Zl. Donnerstag, den 26. November 1931

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen :—: tarifliche Ermäßigung. :—:

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 4[1]. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 11. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

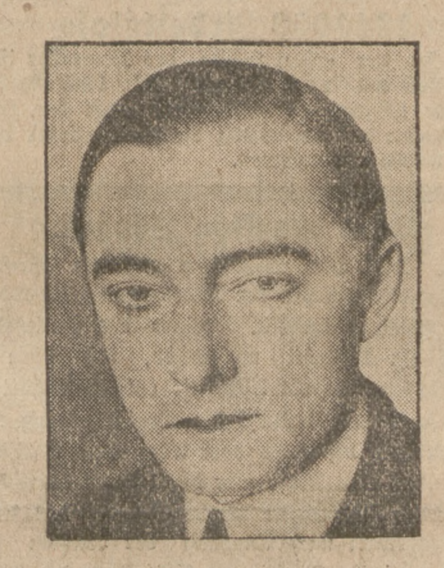
Englisch-französischer Zollkrieg?

Maßnahmen gegen englische Wareneinfuhr — Die Folgen der englischen Schutzzölle — Schutz der französischen Wirtschaft

Paris. Der französische Handelsminister hat einen Ausschuß eingesetzt, der sich eingehend mit den Auswirkungen der englischen Zölle auf die französische Ausfuhr befassen soll. Der Minister erklärte einem Vertreter „Paris midi", daß das französische Kabinett alles tun werde, um die Interessen der nationalen Wirtschaft zu verteidigen. Der englische Sonderzoll komme zum Teil einer völligen Abriegelung gleich, die für Frankreich schwer ins Gewicht falle. Einzelne Ausfuhrartikel seien unter diesen Umständen auch bei niedrigster Preisstellung nicht mehr auf dem englischen Markt unterzubringen. Eine andere amtliche Persönlichkeit sagte ergänzend, es sei möglich, daß die französische Regierung ein neues Zollgesetz und eine strenge Beschränkung der englischen Einfuhr nach Frankreich vornehmen werde. Dies seien durchaus rechtmäßige Mittel zum Schutze der französischen Wirtschaft.

*

London. Der Pariser Korrespondent der „Morningpost" teilt mit, daß der englische Gesandte in Paris beim französischen Außenministerium wegen der französischen Zusatzzölle auf englische Kohle vorstellig geworden sei. Es sei jedoch noch nicht bekannt, wie die maßgebenden Stellen in Paris sich zu diesem Einspruch stellen werden. Immerhin bestehe die Möglichkeit, daß Frankreich der englischen Kohlenausfuhr Entgegenkommen zeigen und dafür seinerseits Entgegenkommen bei den neuen englischen Zöllen verlangen werde. Vorläufig beabsichtige man jedoch in Paris noch nicht, Gegenmaßnahmen gegen die neuen englischen Zölle zu ergreifen. Die französische Regierung plane vielmehr, über die gesamten Handelsbeziehungen mit England zu verhandeln.



Der Führer der Paneuropabewegung soll den Friedensnobelpreis erhalten

Graf Richard Coudenhove-Kalergi, der Führer der Paneuropabewegung, ist von einer Reihe führender Politiker zahlreicher europäischen Staaten für den diesjährigen Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden.

Soziales und politisches Elend in Bulgarien

Am 9. Juni 1923 stürzte in Sofia eine Gruppe ehrgeiziger und machtgieriger bürgerlicher Politiker, gestützt auf die Reserveoffiziersliga und die „Makedonisierenden", mit blutiger Gewalt das Regime der Bauernpartei Stambuliskis. Seitdem war die „Demokratische Vereinigung" am Ruder, deren Name schon den Tatsachen Hohn sprach: ihre Regierung umschloß das Gegenteil von Demokratie, nämlich den parlamentarisch-verlarvten Faschismus, den latenten Bürgerkrieg, die schonungslose Ausrottung der Bauernparteiler und Kommunisten, Gewalttat auch gegen die Sozialdemokratie und hinter den Kulissen die Diktatur der „unverantwortlichen Faktoren", auf gut Deutsch: der Makedonierkomitees, deren schwer bewaffnete Banden den Umsturz des 9. Juni ins Werk gesetzt hatten. Aber am 21. Juni 1931 brachte der Tag der Sobranjewahlen ein regelrechtes Wunder; fast zum ersten und einzigen Male in der Geschichte Bulgariens schlugen über einer Regierung, die die Wahlen „machte", und zwar mit allen Nücken balkanischer Korruption, und allen Tücken balkanischen Terrors „machte", die Wogen des Volkszorns zusammen. Von insgesamt abgegebenen 1.2 Millionen Stimmen entfielen auf die „Demokratische Vereinigung" 417.000, auf den Oppositionsblock 590 000 Stimmen; von den 274 Kammermandaten erhielt damit jene nur 79, diese 150!

Das sah schon wie eine große geschichtliche Wende aus. Durch das Land ging ein Aufatmen, und auch bei den Nachbarn meldete sich Zuversicht zu Wort: Der 21. Juni wird den 9. Juni restlos liquidieren! Wie weggeblasen waren die Diktaturpläne, die bis in die Umgebung des Thrones Anhänger warben, und mit Rücktritt des verhaßten Ministeriums Ljaptschew und Bildung des Kabinetts Malinow geschah das Selbstverständliche. Der Sieger in der Wahlschlacht, der sogenannte „Volksblock", übernahm die Regierung; seine Parteien verteilten die Portefeuilles so unter sich, daß die Demokraten und die Bauernpartei je drei, die Nationalliberalen zwei und die Radikalen eins erhielten.

Heute ist die neue Regierung, von der Inland und Ausland so viel erwarteten, vier Monate am Ruder, aber ach! mit den Blättern von den Bäumen sind auch die Hoffnungen gefallen. Freilich war die Wirtschafts- und Finanzlage Bulgariens, als der Demokrat Malinow an die Spitze des Kabinetts trat, verzweifelter als verzweifelt. Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung, das Kleinbauerntum, ist durch den jähen Sturz der Getreidepreise der Vernichtung nah. Betrug der Weizenpreis für den Doppelzentner im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1929 650 Lewa, so sank er Ende 1930 auf 240 und heute unter 200 Lewa; das sagt alles. Mit der schwach entwickelten Industrie steht es nicht besser; das kleine Land zählt über 100 000 Arbeitslose. Dazu gähnende Leere in den Staatskassen. Es ist ein fauler Witz, daß die Regierung Malinow bei ihrem Amtsantritt einen Barbestand von 13 285 Lewa, also ungefähr 375 Mark, vorfand; die auswärtigen Schulden Bulgariens haben die erschreckende Höhe von 21.6 Milliarden Lewa erreicht, und im Staatsbudget dieses Jahres klafft ein Defizit von etwa anderthalb Milliarden. Auf der letzten Völkerbundtagung in Genf hat Malinow nichts durchgesetzt, was einer finanziellen Erleichterung ähnlich sähe; im Gegenteil weigert sich Athen, weil Bulgarien die Hoover-Pause in den Reparationszahlungen zugute komme, für seinen Teil fällige Summen, die sich aus der Landüberweisung in Griechisch-Makedonien ergeben, an Sofia abzuführen.

Auch sonst ist keineswegs die Besserung in den Beziehungen zu den Nachbarstaaten eingetreten, die Malinow als Ziel seiner Politik verkündete, und im Innern ist viel mehr beim Alten geblieben, als selbst Schwarzseher erwarteten. Personalwechsel in den Aemtern — gewiß! Die übliche Unterbringung von Stellenjägern und die Besetzung der Futterkrippen durch die eigenen Leute hat sich auch diese Regierung angelegen sein lassen. Aber wenn unmittelbar nach dem hallenden Wahlerfolg des „Volksblocks" besonders übel beleumdete Träger des Systems Ljatschew voll böser Ahnungen ins Ausland flüchteten, so ist bis heute ausgeblieben, daß man, was auch die sozialistische Presse unbedingt forderte, die Schuldigen an acht Jahren Volks-

China gegen den Untersuchungsausschuß

Ein Nachgeben Chinas ausgeschlossen

Paris. Der chinesische Vertreter beim Völkerbundsrat, Dr. Sze, weigert sich vorläufig hartnäckig, den vom Generalsekretär Drummond ausgearbeiteten Vorschlag für die Völkerbundsentschließung anzunehmen. Der Entwurf, wie er in den letzten Einzelverhandlungen ausgearbeitet wurde, ist der Nankingregierung bereits übermittelt worden. Dr. Sze hat die Antwort seiner Regierung noch nicht erhalten, doch hebt er immer wieder hervor, daß ein Nachgeben nicht möglich sei. Der Völkerbundsrat, der um die Mittagszeit unter Ausschluß der beiden streitenden Parteien zusammentritt, hofft immer noch, eine Einigung erzielen zu können.

China und Japan machen weitere Vorbehalte

Paris. Die Lage ist infolge der chinesischen Vorbehalte zum Ratsvorschlag weiter kritisch. Die endgültige Antwort der Nankingregierung liegt noch nicht vor.

Yoshisawa teilte am Dienstag nachmittag mit, daß Tokio den fünften Punkt der Ratsentschließung über die Bildung des Untersuchungsausschusses annehme. Was die übrigen Punkte des Ratsvorschlages angehe, so sei anzunehmen, daß Japan nur geringfügige Abänderungen beantragen und sich im übrigen den Ratsbeschlüssen unterwerfen werde. Briand setzte Yoshisawa von den chinesischen Vorbehalten bezüglich der Vollmachten des Untersuchungsausschuß in Kenntnis. Am Mittwoch will der Rat in geschlossener Sitzung versuchen, gewisse chinesische Wünsche sowie Anregungen der Japaner in den Entschließungsentwurf hineinzuarbeiten.

Einer Meldung aus Tokio zufolge, soll Yoshisawa von seiner Regierung Weisung erhalten haben, den Ratsvorschlag in seinen Grundzügen anzunehmen. Ein wichtiger Vorbehalt werde jedoch bezüglich der Einstellung der Feindseligkeiten gemacht, da Japan die Zurückziehung der chinesischen Truppen hinter die große Mauer fordere. Demgegenüber will, wie weiter verlautet die Nankingregierung den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes dem Beginn der Räumung innerhalb der nächsten 15 Tage und eine Kontrolle durch die neutralen Mächte fordern.

Feng und Jensischan wollen Peking erobern?

London. Nachrichten aus Tokio zufolge, planen der chinesische christliche General Feng und der frühere Gouverneur von Schansi, Jensischan, zu einem militärischen Schlag gegen ihren alten Feind Tschanghsueliang auszuholen. Sie sollen beabsichtigen, Peking zu erobern und eine chinesisch-japanische Verständigung in der Mandschurei zustande zu bringen.

Nach Meldungen aus Mukden stießen die Japaner auf ihrem Vormarsch an der Mukden—Peking—Eisenbahn in der Nähe von Hsinminting mit chinesischen Truppen zusammen. Es kam zu einem Gefecht, über dessen Verlauf Näheres bisher nicht bekannt geworden ist.

Bei Taian (?) griffen die Japagner 8 000 chinesische „Banditen" an, die den Verkehr auf der südmandschurischen Eisenbahn störten. Japanische Flugzeuge unterstützten den Angriff. Die Chinesen sollen sich über den Liao-Fluß zurückgezogen haben.

Wie aus Tokio gemeldet wird, ist bei Mukden ein mit japanischen Truppen beladener Zug entgleist. Die Ursache ist eine durch chinesische Banditen vorgenommene Beschädigung des Bahnkörpers. Die Verluste der Japaner sind beträchtlich. Gegen die chinesischen Banditen sind umfassende Maßnahmen eingeleitet worden.

Japans Sozialisten für Anschluß der Mandschurei?

Moskau. Moskauer Meldungen aus Tokio zufolge, hat die sozialdemokratische Partei Japans eine Entschließung angenommen, in der die Verantwortung für die mandschurischen Ereignisse auf China abgeschoben wird. In der Entschließung heißt es, die Partei lehne jeden Versuch ab, eine Verletzung der japanischen Rechte in der Mandschurei und in der Mongolei anzuerkennen. Die Sozialisten begründen ihre Stellungnahme mit der Notwendigkeit einer Einverleibung der Mandschureei und der Mongolei in Japan.

betrug, Volksausbeutung und Volksmißhandlung zur Verantwortung gezogen hat. Ja, nicht einmal die Amnestie für die Parteigänger Stambulinskis, die von den Bütteln der „Demokratischen Vereinigung“ über die Grenzen gejagt worden waren, ist bislang unter Dach und Fach. Und Reformen sonst? Ein unlängst veröffentlichter Aufruf der bulgarischen Sozialdemokratie an das arbeitende Volk gibt Antwort: „In den mehreren Monaten Blockregierung sind die vor der Wahl gemachten Versprechungen zusammengebrochen, die Programme dahingeschmolzen wie der Schnee des Vorjahres.“

Weshalb diese Mißerfolge, die sicher auch mitsprachen, als vor vierzehn Tagen Malinow „aus Gesundheitsrücksichten“ durch seinen eifrigen Parteifreund Muschanow an der Spitze des Kabinetts ersetzt wurde? Es fehlt nicht an objektiven Gründen wie der erwähnten Wirtschaftskatastrophe, deren Folgen nur durch tatkräftige Hilfe von außen zu bannen sind. Die Wirtschaftskatastrophe wiederum schwächt die Stellung und die Haltung der Regierung, die schwankenden Boden unter den Füßen fühlt. Aber es mangelt auch nicht an subjektiven Gründen. Vertritt die Bauernpartei, obwohl sie nicht mehr den Schwung wie zu Zeiten Stambulinskis hat, immerhin eine in die Zukunft weisende Macht, das arbeitende Landvolk, so sind die anderen Koalitionsparteien kaum durch mehr als den Namen von der „Demokratischen Vereinigung“ unterschieden; als Handlanger des nur durch Staatsunterstützung großzupäppelnden Industriekapitals bilden sie einen Hemmschuh für die sozialen und politischen Umgestaltungspläne der Bauernpartei. Daher Spannungen und Zwistigkeiten innerhalb des Kabinetts, die seine Entschlußkraft lähmen und seine Arbeitsfähigkeit mindern. Einigkeit herrscht eigentlich nur in der Frage des scharfen Vorgehens gegen die Kommunisten, die, als Arbeiterpartei firmierend, dank des Massenelends viel Zulauf auch vom flachen Lande erhielten, 165 000 Stimmen und 32 Mandate einheimsten und sichtlich von Moskau muntere Weisungen zur Revolutionierung des Balkans bekamen.

Wichtiger aber wäre eine Entwaffnung der „Makedonisierenden“, die einander — was blieb von der im Februar austrompeteten Versöhnung zwischen Mihailowisten und Protogerowisten übrig! — in den Straßen Sofias abschlachten und durch Bandeneinfälle nach Jugoslawisch-Makedonien die Beziehungen zwischen Belgrad und Sofia vergiften. Daß neben ihnen nach wie vor die Armee, besser das Offizierskorps einen unverantwortlichen politischen Faktor darstellt, der nicht übersehen werden darf, dafür ist die Uebernahme des Generals Kissow, Kriegsminister im Kabinett der „Demokratischen Vereinigung“, in das Kabinett des „Volksblocks“ ein deutlicher Beweis. Zu dem allgemeinen politischen Jammer trägt auch das Fehlen einer starken, stoßkräftigen Sozialdemokratie bei.

Parker Gilbert im BIZ-Ausschuß?

Berlin. Gleich nach seinem Zusammentreffen am 7. Dezember wird der BIZ.-Ausschuß voraussichtlich von seinem Recht Gebrauch machen und vier Mitglieder zu seinen sieben ordentlichen hinzuwählen. Während es schon feststand, daß dabei Holland, Schweden und die Schweiz berücksichtigt werden, herrschte über das vierte Mandat noch Unkenntnis. Jetzt heißt es, daß das vierte hinzuzuwählende Mitglied ein Vertreter Südslawiens sein solle, was wohl auf Verlangen Frankreichs zurückzuführen sein dürfte. Von anderer Seite wird allerdings auch gesagt, daß Wahrscheinlichkeit dafür bestände, daß Parker Gilbert in den Ausschuß berufen würde.

Die „Times“ bringt im Finanzteil eine Betrachtung über den bevorstehenden Zusammentritt des Beratenden Sondersausschusses der BIZ., worin sie sich nachdrücklich für ein Vorrecht der privaten vor den Reparationsschulden einsetzt. Reparationszahlungen können nur aus dem Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr bezahlt werden. Weil diese Ausfuhr nur durch die Deutschland gewährten privaten Kredite ermöglicht worden sei, gebe die Natur der Dinge den privaten Schulden einen Vorrang vor den Reparationsschulden.

Für 4 Millionen Alkohol beschlagnahmt

London. In der Brooklyn Werft (New York) wurde nach einer groß angelegten Jagd auf Alkoholschmuggler ein 500 Tonnen großes Tankschiff, das umfangreiche Mengen Alkohol an Bord hatte, beschlagnahmt. Die 60 Mann starke Besatzung wurde verhaftet. Der beschlagnahmte Alkohol hat einen Wert von etwa 2 Millionen RM. Das ist die größte Menge, die bisher in New York beschlagnahmt worden ist. Außerdem wurden verschiedene kleinere Schmuggelboote, die insgesamt Alkohol im Werte von weiteren 2 Millionen RM beladen hatten, beschlagnahmt.



Das neue Gebäude der Arbeiterbank in Berlin vor der Vollendung

Der Neubau der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Wallstraße in Berlin geht jetzt seiner Vollendung entgegen. In diesem Geldinstitut haben sich die Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterverbände eine großzügige Organisation geschaffen, die sie von den Privat- und Großbanken unabhängig macht.

Grandi wirbt um Vertrauen

Die Ziele der italienischen Außenpolitik

Neuyork. Der italienische Außenminister Grandi hielt auf einem Festessen des „Council on Foreign Relations“, einer im politischen Leben Amerikas einflußreichen privaten Körperschaft, eine sorgfältig vorbereitete Rede über die italienische Außenpolitik. Grandi ging davon aus, daß das Werk des europäischen Wiederaufbaues durch schwere Fehler beeinträchtigt worden sei

Ernste politische und wirtschaftliche Störungen hätten durch eine klügere, gemäßigtere und großzügigere Politik vermieden werden können.

Die vier Hauptprobleme die die Welt zu lösen habe, seien die Frage der Kriegsschulden, der Sicherheit, der Abrüstung und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Italien halte an dem Grundsatz fest, daß die Tributfrage nicht von der Frage der interalliierten Schulden zu trennen sei.

Italien werde stets eine großzügige Lösung des Kriegs-Schuldenproblems befürworten und sei bereit, angemessene Opfer zu bringen, falls solche verlangt würden. Ein echter,

dauerhafter Friede sei nur auf der Grundlage nationaler Sicherheit möglich,

aber diese Sicherheit hänge, wie Grandi in deutlichem Gegensatz zur französischen These hervorhob, von der friedlichen Beilegung der internationalen Streitigkeiten und von der Abrüstungsfrage ab. Es gebe kein Sicherheitsproblem, das sich von dem Problem der Abrüstung unterscheide. Erst die übermäßigen Rüstungen hätten das Sicherheitsproblem geschaffen und gleichzeitig den Gerechtigkeitssinn unter den Völkern abgestumpft. Italien sei bereit, seine Rüstungen zu vermindern und seinen Heereshaushalt auf das niedrigste Maß herabzusetzen, wenn ein gerechter Ausgleich in der militärischen Stärke der einzelnen Nationen geschaffen werde.

Ohne Gerechtigkeit gebe es keinen Frieden

und Gerechtigkeit sei nicht der Ausdruck eines bloßen Vertragssystems, sondern sie sei gleichbedeutend mit dem Geist der Zusammenarbeit.

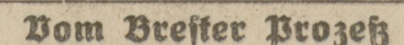
4840000 Arbeitslose

Berlin. In der ersten Hälfte des November ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 220 000 auf 4 840 000 gegenüber 4 620 000 Ende Oktober gestiegen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat um 63 000, die der Bezieher der Krisenfürsorge um 30 000 zugenommen.



34 Todesopfer eines Grubenunglücks in England

In einem Bergwerk bei Doncaster in England wurden durch eine Schlagwetterexplosion 34 Arbeiter getötet und 19 schwer verletzt. Unsere Aufnahme gibt einen Blick auf die Unglücksgrube wieder, an deren Eingang sich die Angehörigen und Kollegen der Verunglückten angesammelt haben und auf das Ergebnis der Rettungsarbeiten warten.



Vom Brester Prozeß

Warschau. Die Dienstagverhandlung im Brester Prozeß wurde fast ausschließlich mit der Untersuchung der Tätigkeit des „Piast“ in Polen ausgefüllt. Keiner der Entlastungszeugen konnte irgend ein Moment nachweisen, daß diese Witosgruppe irgendine illegale Tätigkeit entwickelt hätte, im Gegenteil war sie immer bemüht die Konsolidierung Polens zu bewerkstelligen, was besonders vom Abgeordneten Witos gesagt werden muß. Auf dem Dorfe war der „Piast“ überwiegend und und auf den Versammlungen wurde nur von der Uebernahme der Regierungsgewalt nach Ausgang der Wahlen gesprochen. Hierauf wurden einige Zeugen zur Entlastung des Abg. Ciolkosz von der P. P. S. vernommen, die angeben, daß der Angeklagte Ciolkosz auf Versammlungen zwar sehr scharf von der Regierung geurteilt hat, aber nirgends zur gewaltigen Beseitigung dieses Systems aufforderte. Am Mittwoch wird die Verhandlung fortgesetzt und wahrscheinlich am Freitag den Abschluß der Zeugenvernehmung erfolgen, worauf der Staatsanwalt sein Plädoyer halten wird.

Post- und Telegraphenwesen werden militarisiert

Warschau. Nachdem erst letzthin ein Gesetz über die Militarisierung der Eisenbahn durch den Sejm angenommen wurde, soll die Regierung nun, wie verlautet, eine Vorlage über die Militarisierung des Post- und Telegraphenwesens ausarbeiten, die voraussichtlich noch im Januar dem Sejm zur Annahme vorgelegt wird.

Riesenpleite — Riesenkorruption

Die Rothschild-Bank zahlt Schweigegelder.

Wien. „Die Stunde“ meldet, daß nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt unter dem Vorsitz des Präsidenten Baron Louis Rothschild beschlossen worden sei, die Oeffentlichkeit durch geldliche Zuwendungen an Zeitungsunternehmungen oder Journalisten in Ruhe zu halten. Hierfür seien einem noch jetzt im Amt befindlichen hohen Funktionär 300 000 Schilling übergeben worden.

*

Im Zusammenhang mit dem Korruptionsskandal bei der Oesterreichischen Credit-Anstalt verlautet, daß aus der Korruptionssumme von 300 000 Schilling auch einem deutschen Nachrichtenbüro bestimmte Summen mit dem Zweck zugegangen sind, über die Affäre der Credit-Anstalt keine Nachrichten zu verbreiten. Die österreichische Sozialdemokratie beabsichtigt, die Bestechungsaffäre zum Gegenstand einer Interpellation im Parlament zu machen.

Politischer Massenmord in der französischen Konzession

London. In der französischen Konzession in Schanghai wurde eine grauenvolle Mordtat aufgedeckt, der 11 Menschen zum Opfer gefallen sind. In den Höfen zweier nebeneinander liegender chinesischer Häuser wurden die Gebeine mehrerer Personen ausgegraben. Es handelt sich um die Verwandten eines Beraters des Marschalls Tschiangkaischek namens Kutschenscheng, die im Sommer dieses Jahres nach und nach verschwunden sind. Wie sich jetzt herausgestellt hat, sind sie von Kommunisten entführt und ermordet worden. Es handelt sich um einen Racheakt an Kutschenscheng, der früher führendes Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas war. Er war s. Zt. wegen kommunistischer Umtriebe verurteilt worden. Als er Geheimnisse der Kommunistischen Partei enthüllte, wurde er begnadigt. Von der 13köpfigen Familie Kutschenschengs ist nur er selbst und sein Sohn übrig geblieben.

Kanzler und Sozialdemokratie

Reichstagsfraktion zu den Verhandlungen mit dem Kanzler.

Berlin. Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion hat am Dienstag den Bericht über die Verhandlungen der sozialdemokratischen Vertreter mit dem Reichskanzler entgegen genommen. Wie die Fraktion mitteilt, sind in der Aussprache in erster Linie die durch die These der Reichsregierung über die Gestaltung des Tarifrechts und den Lohnabbau sich ergebenden Gefahren für die Lebenshaltung erörtert worden. Die entschiedene Warnung des Abgeordneten Dr. Breitscheid, mit der die letzte Besprechung mit der Reichsregierung eingeleitet wurde, habe die einmütige Billigung des Fraktionsvorstandes gefunden. Eine Aushöhlung des Tarifrechts und eine weitere Senkung des Reallohnes verschärfte die innerpolitischen Spannungen, führe zu weiterer wirtschaftlicher Drosselung und Arbeitslosigkeit und rufe größte Gefahren hervor. Derartige Bestrebungen seien abzulehnen.

Neues Sowjetexperiment

Moskau. Wie die sowjetamtliche Telegraphenagentur mitteilt, hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, daß, beginnend mit dem 1. Dezember, probeweise die Sechstagewoche in solchen Unternehmungen und Behörden eingeführt werden soll, die nicht unmittelbar mit dem ununterbrochen arbeitenden Teil der wirtschaftlichen Unternehmungen verbunden sind. Die Entscheidung liegt jeweils bei den Vollzugsausschüssen der Bezirke. Für den Uebergang zur Sechstage-Arbeitswoche sind bestimmte Ausgangstage nach der Verordnung festgelegt und zwar jeweilig der 6., 16., 18., 24. und 30. Tag des Monats. Der 6. Tag der Woche wird in diesen Unternehmungen generell als der Ruhetag gefeiert. Zu gleicher Zeit wird die tägliche Arbeitszeit von 6½ auf 6 Stunden herabgesetzt.

Londoner Arbeitslose versuchen eine Zahlstelle zu stürmen

London. Am Dienstag nachmittag versuchten im Londoner Stadtteil Pancras etwa 500 Arbeitslose die Zahlstelle zu stürmen. Mehrere Fensterscheiben wurden eingeworfen. Berittene Polizei trieb die Demonstranten auseinander.



Der Dichter Stefan Zweig 50 Jahre alt

Stefan Zweig, der feinsinnige Dichter und Essayist, begeht am 28. November seinen 50. Geburtstag. Zweig stammt aus Wien und veröffentlichte schon als 19jähriger mehrere Gedichtbände, denen einige Dramen wie „Jeremias“ und „Thersites“ folgten. In letzter Zeit ist Zweig mit mehreren Novellenbänden, literarischen Essays und einem Werk über den französischen Staatsmann Fouche hervorgetreten.

2. Blatt des „Volkswille“

Donnerstag, den 26 November 1931

Die Wirtschaftskrise vor dem Schlesischen Sejm

Die Geister, die sie rief, brachten ihr die Niederlage bei — Abrechnung mit der Sanacja — Demaskierung einer Demagogie — Der Sejm wünscht Gesundung Oberschlesiens — Ohne Beseitigung des Systems keine Wiederherstellung des Vertrauens — Die Angstpsychose des Regierungslagers

Pechvögel!

Es ist nicht das erste Mal, wo die Vertreter des Regierungsblocks Anträge stellen, die ihre Sorge um die Arbeitslosen beweisen sollen, in Wirklichkeit zu einer einzigen Anklage gegen die heutigen Machthaber werden. Dies wurde erneut auf der Dienstagsitzung des Schlesischen Sejms bewiesen, wo die, so demagogisch-demonstrativ gedachten, Anträge zu einer einzigen Anklage sich gestalteten und, vor allem, den Protektoren der schlesischen Sanacja ernsthaft ins Gedächtnis rufen sollten, ob sie wirklich sich von den eigenen Jüngern so blamieren lassen will, wie es in der Dienstagsitzung des Schlesischen Sejms erfolgt ist. Mit alten Anträgen, die die Sozialisten sowohl im ersten, als auch im zweiten Sejm, stellten, wollte man die Arbeiterfreundlichkeit beweisen und forderte Kontrolle der Großindustrie, Einsetzung eines Kommissars zum Kampf mit der Arbeitslosigkeit und Ausweisung aller „Ausländer“, um für die polnischen Arbeiter eine Wirkungsstätte zu finden. Diese Anträge sollten den Anschein der Kapitalistenfeindlichkeit erwecken und waren als „Bitten“ an den Wojewoden gerichtet, damit dieser damit in Warschau vorstellig werde und der Warschauer Sejm entsprechende Beschlüsse fasse. Diese Anträge trugen zum Teil den Stempel der Demagogie, daß man mit papiernen Anträgen, statt mit wirklicher Hilfe, kommt und man versucht, etwas in Schlesien zu erlangen, was man viel einfacher bei den Warschauer Freunden bewerkstelligen könnte, wenn man es nur ernsthaft wollte. Aber das lag ja auch den Antragstellern fern und als ein Beweis dafür, daß selbst die Protektoren dieser „Sanatoren“ die Anträge nicht ernst nehmen, zeugt der Umstand, daß weder der Wojewode anwesend war, noch sich der Vizewojewode oder gar der niedrigste „Wojewodschaftssekretär“, herausgewagt, etwas zu diesen Anträgen und ihrer Unmöglichkeit zu sagen.

Die Abrechnung erfolgte in einer so gründlichen Weise, daß wohl der schlesischen Sanacja in Zukunft alle Lust vergehen wird, wieder einmal als „Retter“ aufzutreten. Bei diesen Anträgen, die noch durch einen Redner des Korfantyklubs als Rahmenantrag ergänzt wurden, haben alle anderen Punkte der Tagesordnung an Bedeutung verloren, die Galerie war auf die Debatte gespannt und ist auch nicht enttäuscht worden. Aber, was hier schon gestern gesagt worden ist, die Arbeitslosen können leider nicht auf unmittelbare Hilfe rechnen, denn, was die Weltwirtschaftskrise und das heutige System in Polen seit Jahren versäumt haben, kann der Sejm, selbst bei Annahme noch so radikaler Anträge, nicht unmittelbar ausbessern und Hilfe bringen. Fast alle Klubs schicken die besten Garnituren vor, nur die Sanacja schickte Redner vor, die das beste Zeug hatten, ihre „wohlmeinenden“ Absichten zu mißkreditieren, und die Zwischenrufe vermochten nicht zu retten, was in den Anträgen selbst an Fäulnis grenzte. Der oppositionelle Teil des Sejms tat den Sanatoren nicht den Gefallen, ihre Anträge abzulehnen und hat in sachlicher Aussprache bewiesen, daß er sie in den Kommissionen sachlicher Nachprüfung unterziehen wird. Die Sanatoren haben etwas anderes erwartet, sie sind dabei die gelangmeierten geblieben. Von der Qualität ihrer Zwischenrufe zu reden, erscheint eigentlich überflüssig, denn sie standen auf dem Niveau, daß sich der Marschall gezwungen sah, den Abgeordneten Baldyk aus der Sitzung auszuschließen.

Es regnete aber auch, von seiten der Opposition, von Zwischenrufen, in welchen das Gebahren der Sanatoren demaskiert wurde, und was in polemischer Hinsicht zu erfüllen war, das gab Genosse Glücksmann in einer gelungenen Rede wieder, wobei er die Anträge als „gut“ bezeichnete, die auch der sozialistische Klub unterstreicht, aber an ihre Verwirklichung nicht glaubt, weil alle bisherigen Versprechungen der Sanatoren nur einen Fehler aufweisen, daß sie nur Worte bleiben. Schließlich gebe es keine Verwirklichung der frommen Wünsche mit diesem System, zur Gesundung komme man nur, wenn das heutige System verschwindet. Was der Sanacjaredner als Programm gab, das haben die Sozialisten vor 80 Jahren und Gen. Glücksmann sagt, er selbst vor fast 30 Jahren, propagiert. Eine Abrechnung in wirtschaftlicher Hinsicht vollzog der Abg. Korfanty, der in ganzer Frische das heutige System als das demaskierte, was es ist, die Fehlerquellen aufwies, welche diesen Zusammenbruch bewerkstelligten und der Hoffnung Ausdruck gab, daß gemeinsame Not schließlich alle dazu vereinigen werde, um Oberschlesiens Gesundung herbeizuführen. Dies sei nur durch das Vertrauen der ganzen Bevölkerung möglich, und da die schlesische Bevölkerung zum heutigen System kein Vertrauen habe, so müsse man auch die Wiedergesundung auf einen weiteren Termin hinausschieben.

Es ist besser, über die „Waldwiesenwissenschaft“ der Sanatoren zur Tagesordnung überzugehen, man kann nur sagen, daß der Herr und die Protektoren Erbarmen mit ihren Schäflein haben sollen, die ihnen die Dienstag-Blamage im Schlesischen Sejm beigebracht haben.

Auftakt

Bei der Einzeichnungsliste der Abgeordneten verbreiteten die Sanatoren ein Flugblatt gegen Korfanty, als schärfste Waffe, um dem unliebsamen Gegner eins auszuwischen, was den Marschall bei der Eröffnung veranlaßt, diese Unflätigkeit zu rügen. Der Antrag des Wojewoden, die Verordnung des Staatspräsidenten, betreffend die Kompetenzen für Handel und Industrie, auch auf Schlesien auszudehnen und sie dem Handelsminister zu unterordnen, werden der Sozialkommission überwiesen. Ein Antrag der Petitionskommission, den der Abgeordnete Korfanty referiert, um eine Gefangenenaufseherin wieder in eines der oberschlesischen Gefängnisse als Wärterin zu übernehmen, wird, entsprechend der Resolution, beschlossen, gleichfalls ein Antrag über die Gewährung von Hilfe, für die Geschädigten bei der Ueberschwemmung. Ferner ein Antrag auf Zahlung von Invalidenrenten an einige, durch den Aufstand geschädigten Personen, die bisher durch kein Gesetz erfaßt worden sind. Diese Vorlagen werden, den Beschlüssen der Kommissionen entsprechend, angenommen.

Die „Gesundungsanträge“

Die Sanatoren haben am Montag drei Anträge eingebracht, die zunächst die Einsetzung eines Kommissars fordern, der die Arbeitslosigkeit bekämpfen soll, weiter, ein Gesetz, daß alle Ausländer aus Oberschlesien ausgewiesen werden sollen, um polnischen Arbeitern Platz zu machen und ferner Schritte bei der Regierung in Warschau zu unternehmen, daß, mittels Gesetz, die Aenderung der Privatverträge bei Direktoren in der Großindustrie möglich sind.

Hierzu lag auch ein Antrag der Christlichen Demokraten vor, die von der Regierung Maßnahmen, zur Behebung der Wirtschaftskatastrophe, fordern und hierzu auch die Einführung des zweiten Teils des Betriebsrätegesetzes eingeführt wünschen, der die Kontrolle der Wirtschaft, durch Entsendung der Betriebsräte, in die Vorstände der Aktiengesellschaft vorsieht

Die Anträge der Sanatoren werden vom Abg. Kapuszynski begründet, der diese Anträge als einzigen „Rettungsweg“ preist und

bei der Ausweisung der „Ausländer“ leider nur die Deutschen sieht

und einfach negiert, daß es hier auch Tschechen, Franzosen und Engländer, neben Amerikanern gibt, von denen er nichts zu wissen scheint. Die Abg. Kowoll und Glücksmann korrigieren diese Tatsache in Zwischenrufen und verweisen auch darauf, daß gerade

die deutschen Direktoren die besten Freunde des Wojewoden

seien und sich, mit Hilfe der, vom Wojewoden gewährten, Aufenthaltsgenehmigungen, sich auf polnischem Boden aufhalten. Abg. Kapuszynski verlor sich in Allgemeinheiten, und seine ganze Rede war ein einziger Beweis, daß er von den Dingen, über die er spricht, nichts versteht.

Als Begründer des Korfantyantrages trat der Abg. Roguszak auf, der in einstündiger Rede die Ursachen der Wirtschaftskrise darlegte, das System und seine Art des Kampfes mit der Krise bloßstellte und schließlich darauf hinwies, daß man

zu diesem System kein Vertrauen

habe und aus diesem Grunde auch eine Beseitigung der oberschlesischen Krise nicht möglich sei. Dies werde erst erfolgen, wenn die Sanacja verschwinde. Der Antrag seines Klubs sei auch nur als Rahmenantrag gedacht, man werde in gemeinsamer Arbeit den Boden beschreiten, um der arbeitslosen Bevölkerung Hilfe zu bringen.

Zur Arbeitslosenfrage sprachen dann die Abgeordneten Brzeskot-Korfantyklub und Frank vom Deutschen Klub, die die Situation beleuchteten und schließlich sich, zum Teil, für die eingebrachten Anträge aussprachen.

Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!

Abgeordneter Genosse Dr. Glücksmann ergreift hierauf das Wort und erklärt, daß ihm die Ausführungen des Abgeordneten Kapuszynski am wichtigsten erscheinen, denn sie kommen gerade 25 Jahre zu spät. Aehnliche Gedanken habe er zu Beginn seiner sozialistischen Tätigkeit geäußert und es freut ihn, festzustellen, daß, unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaft, man zu der Ueberzeugung kommen muß, daß

nur durch die sozialistische Planwirtschaft ein Ausgang aus der Krise möglich

sei. Allerdings seien die Gedanken, die hier Kapuszynski vorgetragen habe, keine ersten Weisheiten, die liegen in der sozialistischen Lehre und diese ist heut

weit über 80 Jahre zurück.

Man müsse sich immerhin aber über die Erkenntnis freuen. Die Arbeitslosenfrage beschäftigt diesen Sejm schon zum dritten Male, ein Fortschritt sei allerdings nicht zu verzeichnen und auch die jetzige Aussprache werde wohl kaum etwas Besseres zeitigen. Trotzdem wird der sozialistische Klub für einen Teil der Anträge stimmen, zumal sie

frühere Anträge des sozialistischen Klubs nur wiederholen,

wenn auch in anderer Form. Wenn von Ausländern und, besonders, deutschen Direktoren gesprochen wird, so bitte er, zu erwägen, daß, nach seiner Kenntnis

jenseits der Grenze noch über 5000 polnische Arbeiter beschäftigt

werden und die Anwendung solch drakonischer Mittel gegen hiesige Ausländer, die Entlassung unserer eigenen Landsleute nach sich ziehen müsse. Wenn Kapuszynski nur die Direktoren meint, so sind auch wir

für die Ausweisung der Direktoren, aber nicht nur der Deutschen, sondern der Amerikaner, Belgier, Franzosen und Engländer,

denn nur so könne ein Gesetz aufgefaßt werden. Es erscheine fraglich, ob Kapuszynski auch damit meint, daß die Direktoren ihr Kapital mitnehmen sollen und uns einen Industriefriedhof überlassen, denn dahin muß der Antrag Kapuszynskis und seiner Freunde verstanden werden. Uebrigens sind die Ausländer von Gnaden des Wojewoden da, der ihnen die Aufenthaltsgenehmigung erteilt, darum müßte dieser Antrag als eine leere Demonstration betrachtet werden. Sie haben sich ja durch Subventionen bei den Wahlen der Sanacja erkenntlich gezeigt und sich als Ausländer oft patriotischer gebärdet, als Polen selbst.

Für die

Beschränkung der Direktorengehälter

sind wir schon im zweiten Sejm aufgetreten, aber damals hat der sozialistische Klub mit seinem Antrag keine Unterstützung erhalten. Die hohen Gehälter mancher Direktoren müssen als eine Provokation betrachtet werden, aber hoffentlich wird dann auch den Direktoren der Sanacjagünstlinge das Gehalt entsprechend beschnitten, und dann wird man in seinem Lager weniger von diesem Antrag beglückt sein. Uebrigens unterscheiden sich die Herren nicht der Nation nach, sondern der kapitalistischen Ausbeutung entsprechend, und wenn es gilt, hier zu sanieren, so werden die Sozialisten für diesen Antrag stimmen.

Wenn die Sanatoren Kommissare zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fordern, so erweckt der Antrag das allergrößte Mißtrauen, Kommissare sind seit der Diktatur immer unbeliebt und schließlich sieht es so aus, als wenn man schon irgendwo einen Oberst oder General für diesen Zweck in Reserve habe. Der Arbeitslosigkeit könnte abgeholfen werden,

wenn man sich der sozialistischen Anträge besonnen hätte, die noch heute unerledigt in den Kommissionen daliegen

und gerade von den Sanatoren sabotiert wurden, indem sie ihre Mitarbeit gerade in der Arbeitslosenhilfe ablehnten. Wir sind für die Kontrolle der Wirtschaft, wenn sie planmäßig betrieben wird, aber gerade hier fehlt den Sanatoren jeder Plan, man kommt mit Anträgen, die man aus dem Aermel ausschüttet und als Rettungsweg für die Gesundung der Wirtschaft anpreist. Die Sozialisten werden hingegen für den Anrag der Chadecja stimmen, der die

Einführung des zweiten Teil der Betriebsräte

fordert, und da er als Rahmenvertrag gedacht ist, so werde man ihn der Kommission einer reiflichen Prüfung unterziehen. Aber auch mit diesem Antrag kommt man reichlich spät, denn schon im ersten Schlesischen Sejm haben die Sozialisten und die Nationale Arbeiterpartei diesen Antrag eingebracht, doch hat man ihn damals mit dem Bemerken abgewiesen, daß Polen solcher „bolschewistischen“ Gesetze nicht bedarf. Heute soll dieses Gesetz dazu beitragen, aus der kritischen Situation herauszukommen.

Da wir Anhänger der Wirtschaftskontrolle sind, so stimmen wir für den Antrag.

Aber nicht im Sinne des Etatismus, den Kapuszynski als Sinn des Sanacjaregimes preist, sondern

als Vorboten des Sozialismus.

Wenn der Staat helfen soll, wie er diesem kapitalistischen Bankrott helfen muß, so ist es nur ein Gebot der Selbstverständlichkeit, daß er auch auf diese Wirtschaft Einfluß haben muß. Der Demobilmachungskommissar ist ja schon da, warum also noch ein besonderer Kommissar gegen die Arbeitslosigkeit, wahrscheinlich um den Wirtschaftsfriedhof noch zur Gänze zu gestalten, was der Demobilmachungskommissar nicht vollendet hat.

Kapuszynski hat uns dies als Ausweg aus der Krise gepriesen, dabei aber durchaus nicht den Salomon gefunden, von dem einst der Wojewode sprach, als er von einem 200-Millionen-Zloty-Budget für die Wojewodschaft träumte. Man hat die Geldverschleuderung gründlich besorgt und braucht sich nicht zu wundern, wenn man jetzt die Versprechungen der Sanacja mit großer Vorsicht betrachtet. Schließlich kann man nichts geben, wenn man nichts hat, und darum muß auch dieser Antrag mit großer Vorsicht betrachtet werden.

Wir werden für die Anträge stimmen, wissen aber, daß sie kein praktisches Resultat zeitigen werden, denn dieses

System der Sanacja steht im schärfsten Kampf gegen den Sozialismus, und der Sozialismus hat nur ein Ziel im Augenblick, dieses Sanacjasystem zu beseitigen.

Der Wojewode sowohl, als auch der schlesische Sanatorenklub haben gar kein Programm, um uns zu zeigen, wie sie die Wirtschaftskrise beseitigen wollen. Sie haben gewiß ein Mittel, **die Gewalt,** die sie gegen alle ihre Gegner anzuwenden belieben, je schlechter ihre Wirtschaft ausfällt. Das ist nicht zufällig, daß sich dieses System, ob in Mussolinien oder in Polen, gleichartig gebärdet. Starke Regierungen brauchen keine Programme, und darum haben sie auch innerhalb der Bevölkerung kein Vertrauen.

Vertrauen kann die Bevölkerung nur haben, wenn wieder Recht und Ordnung und die politische Freiheit gewährleistet wird.

Das ist heute weder in Polen, noch in der Wojewodschaft der Fall, darum kann auch keine Rede davon sein, daß uns diese Anträge, auch nur einen Schritt vorwärts bringen, aber wir werden für sie stimmen.

Man kann uns mehr solche „Wahlsiege“, als in Przemysl, mit Musik zeigen, aber das ändert am System nichts. Wir müssen im Besitz der politischen Freiheit sein,

die Gewalt muß als politisches Machtmittel verschwinden, und damit die Sanacja,

dann kommt mit dem Systemwechsel auch die Gesundung un-

Polnisch-Schlesien

Vor einem neuen Vereins- u. Versammlungsrecht

Die Regierung hat dem Warschauer Sejm einen Gesetzesentwurf, der sich auf das Vereinsleben und das Versammlungsrecht bezieht, vorgelegt. Dieses Gesetz dürfte so ziemlich Alle, die sich im öffentlichen und politischen Leben betätigen, interessieren. Wir schicken voraus, daß das neue Versammlungsrecht eine wesentliche Verschlechterung der heutigen Bestimmungen, die bei uns in der schlesischen Wojewodschaft in Kraft stehen, bedeutet.

Der Gesetzesentwurf bestimmt, daß eine jede Versammlung 2 Tage vor der Abhaltung der Polizei anzumelden ist. Eine Versammlung unter freiem Himmel bedarf unbedingt einer Genehmigung der Polizeiverwaltung und muß mindestens 3 Tage vor der Abhaltung angemeldet werden. Bei der Anmeldung muß der Einberufer seinen Vor- und Zunamen, Ziel und die Tagesordnung der Versammlung angeben, ferner muß er angeben, in welcher Sprache die Beratungen geführt, falls anzunehmen ist, daß sie nicht in der Amtssprache geführt werden.

Die Polizeibehörde versagt die Genehmigung für die Abhaltung der öffentlichen Versammlung, falls Befürchtungen bestehen, daß dadurch die öffentliche Ruhe und Ordnung bedroht werden sollten, was dem Einberufer einen Tag vor der Abhaltung der Versammlung mitgeteilt wird. Aus denselben Gründen wird die Versammlung unter freiem Himmel verboten. Alle Versammlungen unter freiem Himmel sind zu verbieten, so bald sie einen halben Kilometer in der Nähe des Aufenthalts des Staatspräsidenten, ferner der gesetzgebenden Körperschaften, während der Sejmsession, der Militärobjekte, wie Kasernen, Magazine, Festungswerke, Uebungsplätze und Schießstätten, abgehalten werden sollten. Mit Ausnahme der zum Waffentragen berechtigten Personen, darf niemand bewaffnet in der Versammlung erscheinen.

Die Polizeibehörden können einen Vertreter zu der Versammlung delegieren, der dem Versammlungsleiter seine Legitimation vorweisen wird. Der Vertreter hat das Recht, vom Versammlungsleiter Auskunft über die Redner, Antragsteller und Resolutionsvorschläge zu verlangen. Der Vertreter der Polizei hat das Recht, die Versammlung aufzulösen, falls der Leiter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, die sich auf die Einhaltung des Gesetzes, der Sicherheit, Ruhe und öffentlichen Ordnung beziehen und falls der Leiter auf Anordnung des Polizeivertreters die Versammlung nicht auflöst.

Versammlungen, die in geschlossenen Lokalen stattfinden und wenn die erschienenen Personen dem Einberufer, bezw. dem Vorsitzenden, bekannt sind, als auch Versammlungen von Mitgliedern solcher Vereinigungen, die legal bestehen, sind keine öffentlichen Versammlungen und bedürfen weder einer Anmeldung, noch einer polizeilichen Genehmigung.

Die Ueberschreitung obiger Bestimmungen wird im Verwaltungswege mit einer Geldstrafe, in der Höhe bis zu 3000 Zloty, oder Arreststrafe bis zu 3 Monaten, oder beiden Strafen zusammen belegt. Die obigen Vorschriften beziehen sich auf Versammlungen, die durch die öffentlichen Behörden einberufen werden, ferner religiöse Versammlung und Umzüge, die von religiösen Verbänden veranstaltet werden, nicht. Dasselbe bezieht sich auch auf Familienveranstaltungen, Schul- und Hochschulversammlungen.

Aufgeklärter Diebstahl von Sprengstoffmaterial

Am Mittwoch, den 18. d. Mts., wurden auf der Strecke zwischen Szczyglowic und Dombrowa-Gornicza aus dem Eisenbahnwaggon Nr. 9161 D. G. 2 Kisten mit 64 Kilogramm Sprengmaterial „Amonit Nr. 2" gestohlen. Die Kattowitzer Kriminalpolizei nahm sofort die Untersuchungen auf und stellte bald fest, daß der fragliche Waggondiebstahl in der Nähe von Schoppinitz ausgeführt worden ist. Es wurde auf der Strecke zwischen Schoppinitz und Sosnowitz und zwar unmittelbar von Schoppinitz die abgerissene Waggonplombe, sowie die Kontrollkarte einer der gestohlenen Kisten, aufgefunden. Die Karte trägt die Nummer 1199. Die beiden Kisten wurden während der Fahrt vom Zuge hinuntergeworfen und später von den Komplicen fortgeschafft. Eine der Kisten wurde infolge des wuchtigen Aufpralls auf den Boden beschädigt. Die Karte der zweiten Kiste wurde auf dem Schienenstrang aufgefunden und beschlagnahmt. Im Laufe der weiteren polizeilichen Recherchen konnten in der Nähe des neuen Rawaflußbettes zusammen 5 Geschosse sowie ein Päckchen mit Sprengstoffmaterial im Gewicht von einem Kilogramm aufgefunden worden. In diesem Zusammenhang wurden bei verschiedenen verdächtigen Personen in den Wohnungen Revisionen vorgenommen.

Die Polizei hatte Glück, da sie in der Nacht zum 22. d. Mts in Schoppinitz die Schuldigen arretierte. Es handelt sich hierbei um den Wilhelm und Norbert Paluch, August Kandzia, Maximilian Kokot, Konrad Bablok und Georg Psiuk aus Schoppinitz. Während des polizeilichen Verhörs bekannten sich alle Arretierten zu dem fraglichen Sprengstoffdiebstahl und gaben an, daß als der eigentliche Initiator der Wilhelm Paluch in Frage komme. Die Ermittelungen ergaben weiter, daß Wilhelm Paluch seine Mitarretierten aufforderte, an dem genannten Tage, an welchem der Sprengstoffdiebstahl ausgeführt wurde, an einem Kohlendiebstahl mit teilzunehmen. Beim Herannahen des Zuges sprang Wilhelm Paluch auf den Zug, öffnete rasch die Plombe und warf während der Fahrt die beiden fraglichen Kisten herunter. Paluch nahm an, daß es sich um Kisten mit Kohlen handelte. Weitere Untersuchungen in dieser Angelegenheit sind im Gange. Die Arretierten wurden in das Kattowitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert. x.

Einbruch beim Polizeikommissariat in Bismarckhütte

In Bismarckhütte wurde am 1. d. Mts. bei dem Polizeikommissariat eingebrochen und gelegentlich des Einbruches ein Dienstrevolver, System „Walter" mitgehen lassen. Mehr war dort nicht zu stehlen. Lange Zeit hatte die Polizei keine Anhaltspunkte über den Einbruch, bis man sich der Kommunisten erinnerte. Nun teilt die Polizei mit, daß es ihr gelungen sei, eine Einbrecherbande dingfest zu machen, die im Kreis Schwientochlowitz viel Einbrüche auf dem Gewissen hat. An der Spitze dieser Bande soll ein gewisser Engelbert Kurpas aus Bismarckhütte stehen, bei dem angeblich der gestohlene Revolver im Polizeikommissariat gefunden wurde. Weiter heißt es in dem Polizeibericht, daß alle Verhafteten dem Verband der kommunistischen Jugend angehört haben. Den Einbruch im Polizeikommissariat haben sie angeblich deshalb verübt, um Waffen für die kommunistische Partei zu beschaffen.

Kattowitz und Umgebung

Programm der nächsten Stadtverordnetensitzung.

Am Freitag, den 27. November, nachmittags 5 Uhr, findet in Kattowitz die nächste Stadtverordnetenversammlung statt. Die Tagesordnung beschränkt sich auf knapp 15 Punkte. Es handelt sich um nachstehnde Vorlagen: Einführung des Stadtverordneten Jezelli, Wahl des Vorsitzenden, des Stellvertreters, sowie der Beisitzer für das Mietseinigungsamt, Wahl eines Mitgliedes für die städtische Marktkommission und zwar aus Kreisen der Bürgerschaft an Stelle des bisherigen Mitgliedes Josef Bauer, Wahl des Vorstehers für den Bezirk 51, Bewilligung einer Summe von 50 Tausend Zloty zur Deckung der Ausgaben für den Umbau des freien Platzes vor dem Gebäude der P. K. O., Beschlußfassung über das Reglement, betreffend Erhebung von Verwaltungsgebühren für ausgestellte Bescheinigungen beim An- und Abmeldungsverfahren, Wahl des Kassenrates für die städtische Sparkasse, Wahl der Revisionskommission für die städtische Sparkasse, Uebernahme des Moniuszkidenkmals am Plac Miarki als städtisches Eigentum und zugleich unter städtischen Schutz, Zustimmung auf Herausgabe einer Polizeiverordnung, betreffend Besichtigung und Erhaltung des Wassernetzes, Annahme der Bilanz der städtischen Sparkasse für den 31. Dezember 1930 und Zustimmung über die Verteilung des Gewinns, Annahme des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1927-28 und Erteilung des Absolutoriums. In geheimer Sitzung wird über zwei Vorlagen, betreffend Personalangelegenheiten beraten. y.

Außerordentliche Sitzung der Allgem. Krankenkasse. Am Mittwoch, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Stadtverordnetensitzungssaal im Stadthaus auf der ulica Pocztowa 2 eine außerordentliche Sitzung der Allgemeinen Krankenkasse für den Stadtkreis Kattowitz, statt. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Punkte zur Erledigung, so u. a. Festsetzung und Bestätigung des neuen Budgets für das Rechnungsjahr 1932, sowie verschiedene Aenderungen im Ortskrankenkassen-Statut. y.

Königshütte und Umgebung

Tarifurlaub muß gewährt oder bezahlt werden.

Bekanntlich steht den Arbeitern der Schwerindustrie nach dem Tarifvertrag das Recht zu, einen Urlaub gegen Bezahlung zu erhalten, wenn die Bedingungen eingehalten worden sind. In den meisten Fällen wird auch der Urlaub anstandslos gewährt. Ein interessanter Streitfall über den zu gewährenden Urlaub hatte das Gewerbegericht Königshütte zu entscheiden, wo 54 Arbeiter der Werkstättenverwaltung durch ihre Gewerkschaften Klage auf Bezahlung wegen ihnen nichtgewährten Urlaubes, erhoben. Genannte Verwaltung hatte anfangs dieses Jahres, größere Arbeiterreduzierungen wegen Arbeitsmangel vorgenommen. Nach von ihr aufgestellten „Grundsätzen" wurde den Entlassenen nur für die Zeit der Urlaub gegeben, als sie beschäftigt waren, d. h. anteilmäßig für die verschiedenen Monate. Die Verwaltung besteht auf dem Standpunkt, daß der Urlaub nach dem Tarif für das laufende Jahr gilt und nicht, wie es die Arbeitervertretung und die Gewerkschaften behaupten, für das vergangene Jahr gewährt werden muß. Um nun einmal Klarheit in dieser Angelegenheit zu bringen, hatten sich die Geschädigten an das Gewerbegericht zwecks Entscheidung und Klarheitschaffung gewandt. Die Forderungen der Ansprüche wurden angegeben und dieser Tage der Streitfall erledigt und zwar dahingehend, daß in fast allen Fällen, der volle oder etwas geringere Forderung, den Klägern zugesprochen wurde, und die Verwaltung die Auszahlung wird vornehmen müssen. Ein Berufungsrecht kommt hierbei nicht in Frage, weil die Beträge alle unter 100 Zloty lauten.

Kaum aufgemacht und schon eingebrochen. Der „Konsum Pracownikow" hatte eine weitere Geschäftsstelle im Hause des Wohnungsbauvereins an der Ecke ulica Mickiewicza — Plac Mickiewicza errichtet. Einige Tage darauf, statteten Unbekannte in der Nacht, mittels Nachschlüssels, den Räumen einen Besuch ab und entwendeten das, in der Kasse hinterlassene Wechselgeld, in Höhe von über 70 Zloty. Die Täter dürften keine Fremden gewesen und nicht weit zu suchen sein. m.

Ausfindiggemachte „Briefkastenleerer". Vor einiger Zeit wurde an der Ecke ulica Konopnickiej-Bogdaina der daselbst hängende Briefkasten erbrochen und seines Inhalts beraubt. Der Polizei gelang es drei Burschen der dortigen Umgebung im Alter von 19—20 Jahren als die Täter ausfindig zu machen und festzunehmen. m.

Festgenommener Einbrecher. In das hiesige Waisenhaus wurde am 20. d. Mts. ein Einbruch verübt und ein Geldbetrag und verschiedene andere Sachen gestohlen. Als der Ausführende wurde ein gewisser Wilhelm B. ohne festen Wohnsitz von der Polizei gestellt und dem Gerichtsgefängnis zugeführt. m.

Lasset die Wohnung nicht allein. Unbekannte drangen in die Wohnung des Mieters Paul Skora an der ulica Dombrowskiego 30 ein. Unter Mitnahme von Garderobenstücken im Werte von 300 Zloty verschwanden die Täter unerkannt. m.

Siemianowitz

Der alte Plunder. Kaum, daß die ersten Weihnachtsausstellungen wieder zu sehen sind, erscheint auch der alte barbarische Kriegsplunder in den Schaufenstern wieder. Säbel und Gewehr, Kanonen und Bleisoldaten und so weiter. Man wundert sich nicht genug über die Kurzsichtigkeit und Gedankenlosigkeit der heutigen Menschen, welche doch das Kriegselend miterlebt haben und auch heute noch darunter leiden. Bei der Vielfältigkeit der Spielwaren ist es wirklich nicht notwendig und zeugt von einer unverzeihlichen Unvernunft, wenn man die unschuldigen Kinderseelen durch solche Mordwerkzeuge zu vergiften sucht. Will man wirklich den Kindern ein Bild vom Kriege geben, so soll man bei der Wahrheit bleiben. Und dann muß man den ganzen Kanonen- und Soldatenkrempel in den Schmelzkessel schütten und daraus die tatsächlichen Kriegserinnerungen gießen. Abgerissene Köpfe und Gliedmaßen, aufgerissene Menschenleiber mit heraushängenden Gedärmen, augenlose Krüppel und noch viel mehr werden aus dem Schmelztopf steigen und dann soll man den Kindern etwas vom Kriege erzählen. Auch wird man ihnen noch weiter erzählen, daß an dem heutigen Elend, Hunger und Arbeitslosigkeit der Krieg die Ursache ist. Einzig und allein diejenigen, welche im Kriege ihre Bombengeschäfte gemacht haben, werden ihren Kindern erzählen, daß der Krieg schön war hinter der Front und in der Heimat — und daß sind diejenigen, welche auch heute noch aus der Not der Arbeiterklasse Kapital schlagen, die Generaldirektoren und Aktionäre. Der Arbeiter jedoch wird für seine Kinder solche Mordwerkzeuge nicht kaufen und die Kaufleute werden sich umsonst bemühen, diesen Krempel los zu werden. Ja, der Arbeiter ist sogar noch verpflichtet, solche gedankenlose Kaufleute zu erziehen und wird in einen Laden, wo solches mittelalterliches Spielzeug ausgestellt ist, nicht hineingehen. Damit wird er zweifellos mehr leisten im Sinne des Völkerfriedens als alle Abrüstungskonferenzen und Völkerbünde.

Motorradfahrer prallt gegen ein Gespann. Am Sonntag abends sauste ein Motorradfahrer die Richterstraße entlang und konnte einer entgegenkommenden Droschke nicht mehr rechtzeitig ausweichen. Bei dem dadurch entstandenen Zusammenprall wurde die Deichsel der Droschke gebrochen, während ein Pferd leichtere Verletzungen davontrug. Personen sind dabei nicht zu Schaden gekommen. Trotzdem wäre es eine gute Lehre, für solche Teufelsreiter, wenn sie sich mal gehörig ihr Zifferblatt polieren würden.

Wohnungseinbrüche. Mittels Nachschlüssel, wurde in die Wohnung des Franz Barcinowski, auf der ulica Polna 1 in Siemianowitz, ein Einbruch verübt. Dort stahlen die Eindringlinge eine Sparbüchse mit 20 Zloty. — Kurz darauf drangen die gleichen Täter in die Wohnung der Nachbarin ein, wo sie jedoch nichts Wertvolles vorfanden. Den Burschen gelang es, unerkannt zu entkommen. Weitere Untersuchungen sind im Gange. x.

Myslowitz

Der Kirchensteuerunfug.

Die Myslowitzer Pfarrei versendet wieder die Steuerzettel. Die Kirchendiener laufen sich die Füße wund, um diese Steuerzettel den Bürgern zuzustellen. Rücksicht wird auf nichts und niemanden genommen, denn ob arm oder besser situiert, jeder erhält einen Steuerzettel. Nach Recht und Gesetz wird nicht gefragt, wahrscheinlich ist man dort der

---

serer Wojewodschaft und das Vertrauen der Bevölkerung wieder.

Hierauf spricht der Abgeordnete Sosinski vom Korfantyklub und setzt sich mit dem Abg. Kapuszynski auseinander. Der Abg. Witczak, der sich durch gänzlich überflüssige Zwischenrufe bemerkbar machte, war zwar als Redner eingezeichnet, zog es aber vor, zu schweigen.

Korfantys Abrechnung

Abgeordneter Korfanty stellt fest, daß sich in der Behandlung der Wirtschaftskrise in diesem Hause

die Tragödie Polens

offenbare. Oberschlesien, das reichste und wichtigste Gebiet der polnischen Republik, gehe der Katastrophe entgegen, und zwar mitverschuldet in der Hauptsache durch das heutige System, welches in Polen entgegen Recht und mit Gewalt herrsche. Wenn man die Ausführungen der Sanacjaredner betrachtet und etwa hieraus irgendwelche Schlüsse ziehen will, so muß man sagen, daß dies unmöglich ist, denn die Herren verstehen nichts, von dem sie als Sachverständige sprechen. Polen hat kein Vertrauen im Ausland, erhält auch deshalb keine Anleihe. Die Anträge, die hier vorliegen, sollen eingehend behandelt werden und dazu beitragen, daß man gemeinsam zu einem Programm des Wiederaufbaus kommt. Man hätte erwarten können, daß, wenn eine so wichtige Aufgabe, wie die Wirtschaftskrise, auf der Tagesordnung dieses Hauses steht,

es der Wojewode oder wenigstens der kleinste Sekretär dieser Wojewodschaft als Pflicht betrachten würden, etwas zu sagen, was die Regierung will.

Da man dies scheinbar nicht weiß, so mißachtet man die Volksvertretung und man braucht sich nicht zu wundern, wenn auch die Bevölkerung zum Wojewoden selbst kein Vertrauen hat. Deshalb schreitet auch die Katastrophe von Tag zu Tag vorwärts, niemand kann wissen, ob die Regierung noch in den nächsten 6 Wochen Geld haben wird, um ihre Beamten bezahlen zu können. Der englische Sachverständige für Finanzen hat Polen ein Budget von höchstens einer Milliarde Schweizer Franken vorgeschlagen, wir haben aber bereits drei Milliarden vorgesehen, und hier liegt die Ursache, warum wir zu teuer und über unsere Verhältnisse leben.

Abg. Korfanty geht dann in eine sehr eingehende Kritik unserer Wirtschaft und ihren Verfall, teils theoretische Ausführungen und scharfer Polemik, gegen die Sanatoren ein, die ihm ihrerseits mangels anderer Beweise immer irgend ein Flugblatt vorhalten, welches Korfanty herabsetzen soll. Aus Raummangel können wir hier auf alle Einzelheiten nicht eingehen, kommen aber auf sie gelegentlich zurück. — Korfanty wendet sich gegen die einseitige Ausländerausweisung, ohne gründliche Nachprüfung, spricht von den

Exportprämien, die, auf Kosten eines 12prozentigen Lohnabbaues bereits den Industriellen zugesagt wurden,

was wiederum Wutausbrüche bei den Sanatoren auslöst und besonders, als er vom Vertrauen zu Polen spricht, geraten die Sanatoren ganz aus dem Häuschen, doch sie erhalten für ihr teils flegelhaftes Benehmen die richtige Abreibung von Korfanty selbst,

dem sie Drohungen zurufen, daß er auf die Anklagebank gehört, und daß man mit diesem Sejm ein Ende machen muß, der nur Polen herabsetzt.

Korfanty schließt seine Ausführungen, daß das

Vertrauen zu Polen erst dann wiederkehren werde, wenn die Sanacja beseitigt ist.

Er sei der Meinung, daß alle Hand ans Werk legen müssen, um den breiten Massen zu helfen, aber das heutige System werde dies nicht schaffen. Er habe seine Lebensarbeit diesem Polen gewidmet, er fürchte auch die kindlichen Drohungen nicht, die unter seiner Adresse gefallen sind.

Die Anträge werden nach einer kurzen Erklärung Witczaks der Sozialkommission überwiesen.

Ein Antrag auf Valorisierung gewisser Invalidensätze geht der Sozialkommission zu, worauf eine Reihe von Petitionen verlesen und der Petitionskommission überwiesen werden.

Kurz vor 9 Uhr schließt der Marschall die Sitzung mit der Maßgabe, daß die nächste Tagung schriftlich zusammengerufen werde.

Auffassung, daß diese Steuer jeder zahlen soll. Nach dem alten preußischen Kirchenrecht, ist die Kirchensteuer keine selbständige Steuer, sondern eine Zuschlagssteuer zu der Einkommensteuer. Sie kann bis 7 Prozent der Staatseinkommensteuer betragen, wenn die Wojewodschaft das bewilligt. Daraus geht klar hervor, daß alle Personen, die keine Staats-Einkommensteuer zahlen, logischerweise auch von der Kirchensteuer frei sind. Die Myslowitzer Pfarrei braucht sich nach Gesetz nicht zu halten. Sie schickt auch jenen Personen die Steuerzettel ins Haus, die kein steuerpflichtiges Einkommen haben und keine Staats-Einkommensteuer zahlen. Sicher ist sicher. Wird gegen die Steuerbemessung reklamiert, so kommt prompt die Antwort, daß der Rekurs nicht berücksichtigt werden kann, weil „keine gesetzliche Handhabe" vorliegt. Man muß daraus schließen, daß die Herrn von der Pfarrei überhaupt das Kirchensteuergesetz nicht kennen, oder nicht kennen wollen. Doch sollten die Staatsbehörden diesem Unfug ein Ende setzen und die Pfarrgewaltigen belehren, daß das Gesetz für alle da ist. So kam es auch, daß die Arbeitslosen auch Steuerzettel ins Haus bekommen haben und auch ihnen mit der zwangsweisen Einziehung der Steuer gedroht wird. Erst vor einigen Wochen wurde die Kirchensteuer auf der Grube und der Eisenbahn von den Löhnen bezw. Gehältern in Abrechnung gebracht. Solche Fälle, daß den Arbeitern kein Groschen ausgezahlt wurde, weil die Kirchensteuer in Abzug gebracht wurde, sind recht viele. Die Eisenbahner fluchen wie die Wilden gegen diesen Unfug. Die Verwaltungen sind nicht berechtigt, die Steuer von den Löhnen, bezw. Gehältern abzuziehen und die Arbeiter sollten sich zur Wehr setzen. Auf der Myslowitzgrube haben sie sich einen Betriebsrat gewählt, der die Arbeiter in dieser Hinsicht im Stich gelassen hat und jetzt zahlen die Arbeiter die Kosten ihrer „klugen Politik". Wem nicht zu helfen ist, dem ist auch nicht zu raten. Das eine steht aber fest, daß mit der Kirchensteuer Unfug getrieben wird.

Rosdzin-Schoppinitz. (Gemeindevertretersitzung.) Am heutigen Mittwoch, nachm. 6 Uhr, findet im Sitzungssaal des Rathauses in Rosdzin-Schoppinitz eine Gemeindevertretersitzung statt, in der über 11 Punkte beraten wird. Darunter befindet sich die Herabsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 1931/32, Bewilligung von Budgetüberschreitungen aus dem Rechnungsjahr 1930/31, Wahl einer Kassenrevision für die Rechnungen aus dem Budget 1930/31 der ehemaligen Gemeinde Rosdzin-Schoppinitz, Wahl der Beisitzer für das Mietseinigungsamt usw. —h.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Gerüchte über die Friedenshütte.

Die Finanzlage der Friedenshütte ist katastrophal. Die Arbeiter und Angestellten dieses Werkes, wissen davon ein Liedchen zu singen. Abgesehen von den bekannten Ratenzahlungen der Löhne macht sich diese Tatsache aber auch noch auf eine andere Art und Weise deutlich bemerkbar. Trotz der rauhen Jahreszeit hatte nämlich die Friedensgrube die Kohlenlieferung an die Hütte auf ein solches Mindestmaß beschränkt, daß die Kohle nur zur Aufrechterhaltung des Betriebes reichte und an die Arbeiter keine Deputatkohle zur Abgabe gelangen konnte. Noch vor kurzer Zeit lagen über tausend Kohlenzettel im Büro des hiesigen Vekturanten. Die Fuhrleute aber kamen immer wieder mit leeren Wagen von der Grube zurück. Die Hütte war nämlich mit ihren Zahlungen an die Grube in starkem Rückstand. Noch ein anderes Moment ist der Oeffentlichkeit bekannt. Die Apotheken sind schon lange Zeit nicht bezahlt. Das ist allerdings eine Angelegenheit der Krankenkasse. Aber diese Kasse zahlt eben nicht, weil, wie es heißt, die Hütte ihren Beitragsverpflichtungen noch nicht nachkam und der Reservefonds nicht angegriffen werden darf. Aehnlich soll es sich mit den Beiträgen der Invalidenkasse verhalten, da auch hier noch Außenstände vorhanden sind. Solcher Art sind die Gerüchte, die, weil sie noch nicht widerlegt wurden, hier herumschwirren und in den Arbeiterkreisen Beunruhigung erwecken. Man hört aber noch viel anderes. So z. B., daß es eine Anzahl Angestellter unter dreißig Jahre hier gäbe, die plötzlich mit Beibehaltung ihres bisherigen Lohnes ins Arbeiterverhältnis versetzt wurden und infolgedessen nicht von der, sämtlichen Angestellten unter dreißig Jahren zugestellten Kündigung, betroffen werden. Es wäre sehr schön, wenn man das in noch ausgedehnterem Maße tun wollte. Allerdings ist diese Tatsache zu berücksichtigen, daß doch nur „Protektionskinder" auf solche Weise dem Werk erhalten bleiben. Man spricht ja auch heute davon, daß ein großer Teil der Kündigungen zurückgenommen werden. Jedenfalls werden viele einer Herabsetzung ihres Lohnes zustimmen müssen. Manche andere werden sich in ihrer Position behaupten und der mißliebige Rest, sortiert nach Gesinnung, Muttersprache und persönlicher Einstellung der Vorgesetzten, wird eben den Dienst quittieren müssen. Auf solche Art wird mit der Zeit ein Stamm von Menschen geschaffen, der durchgesiebt und auserlesen notgedrungen, schließlich mit der Verwaltung durch Tod und Feuer geht und wie eigens dazu geschaffen ist, zu gegebener Zeit der Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen. Die Verwaltung aber findet das Verhalten korrekt und begründet ihre Maßnahmen durch bestehenden Auftragsmangel. Arbeiter und Angestellte geben diese Tatsache auch unumwunden zu. Man sollte aber nur soziale Verhältnisse und nicht Persönlichkeitswerte sogenannter „Protektionskinder" bei den zum Abbau bestimmten Personen gelten lassen.

Hohenlinde. (Ein hohes Alter.) Dieser Tage feierte ein alter Kämpfer des Bergbauindustrieverbandes und langjähriger Abonnent des „Volkswille", sein Achtzigjähriges Wiegenfest. Mithin ist er der älteste Genosse in Hohenlinde. Wir wünschen ihm viel Glück und möge er noch recht viele Jahre für unsere Idee wirken.

Schlesiengrube. (60. Geburtstag.) Am heutigen Tage begeht eine unserer ältesten Kämpferinnen, Genossin Katharina Brosch, Vorsitzende der hiesigen „Arbeiterwohlfahrt", ihren 60. Geburtstag. Die Genossen und Genossinnen aus Schlesiengrube überbringen der Jubilarin auf diesem Wege die herzlichsten Glückwünsche, welche darin gipfeln, daß unsere treue Mitarbeiterin uns in Gesundheit und Arbeitsfreudigkeit noch recht lange erhalten bleibe möge!

Bismarckhütte. (Vom Bund für Arbeiterbildung.) Am vergangenem Montag fand hier ein Vortrag vom Bund für Arbeiterbildung statt. Genosse Naiwa hielt einen Vortrag über die Presse und ihre Bedeutung. Er unterstrich, daß die Presse ein wichtiger Faktor in der Arbeiterbewegung sei. Sie ist auch ausschlaggebend im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung. Darum ist es Aufgabe aller Abeiterorganisationen und Kulturvereine für die Arbeiterpresse zu werben. Wenn man den Stand der Presse beobachtet, so sieht man daß sich die Kapitalisten sehr an die Presse halten. Nur die Arbeiter wollen die Bedeutung der Presse noch nicht verstehen. Die Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen. Auch die Diskussion war sehr rege. Nach derselben schloß der Vorsitzende den gutbesuchten Vortrag mit einem Appell, den nächsten Vortrag, der am kommenden Montag stattfindet, ebenso zahlreich zu besuchen.

Neudorf. (Die neue Marktordnung.) Am vergangenen Donnerstag kamen Vertreter der Kaufmannschaft und Gewerbetreibenden, der Amtsvorstand und Vertreter der Ortspolizei zu einer Beratung zusammen, um eine endgültige Regelung für das Inkrafttreten der von der Wojewodschaft bereits bestätigten neuen Marktordnung herbeizuführen. Die Gemeinde Neudorf-Antonienhütte hat nämlich im Umkreis die größten Wochenmärkte, was sich zum Nachteil der ortsansässigen Geschäftsleute auswirken mußte. Es wurden deshalb Bestrebungen laut, eine neue Marktordnung einzuführen, den ortsfremden Händlern, das Feilbieten von Ware zu untersagen. Nach langen vorangegangenen Verhandlungen wurde das Statut bestätigt, der Termin der Inkrafttretung jedoch immer verschoben. Nun wurde endgültig der erste Januar 1932 als Stichtag der Inkraftsetzung bestimmt und protokollarisch festgelegt. Nunmehr dürfen nur noch Händler aus näher bezeichneten Orten den hiesigen Markt besuchen. Außerdem dürfen Waren nicht eigener Erzeugnisse, wie Seifen, Parfümerien, Konfektionskleidung und dergleichen nicht mehr zur Abgabe gelangen. Für die einheimischen Geschäftsleute und Handwerker ist es von großer Bedeutung, daß diese Regelung getroffen wurde. Neudorf ist nun der Gemeinde Schwientochlowitz gefolgt und als zweite Gemeinde sich eine Marktordnung angelegt, die sich zugunsten der einheimischen Händler auswirken wird. =ki.=

Neudorf. (Die geprellte Ehrlichkeit.) In Neudorf kam auf dem Wochenmarkt einer Frau durch Nachlässigkeit ein Geldbetrag von 150 Dollar abhanden, die sie in ein Zeitungsblatt eingewickelt hatte. Eine Marktbesucherin fand die ihr unbekannten Scheine und wollte dieselben an einem Stand abgeben, als sie plötzlich von einer Fleischersfrau angesprochen wurde, die sich als Eigentümerin der Scheine bezeichnete. Die Finderin händigte der Fleischersfrau das Geld auch aus, mußte aber bald darauf erfahren daß sie getäuscht worden war. Die Schwindlerin konnte, trotz eifrigsten Suchens, am Markt nicht mehr gefunden werden. — Eine Belehrung sollte dieser Vorfall denjenigen sein, die ehrlich und vertrauensselig selbst jedem Fremden alles aufs Wort glauben und dadurch oftmals empfindlich an ihrem Hab und Gut geschädigt werden. Die 150 Dollar dürften als endgültig verloren gelten.

Pleß und Umgebung

Emanuelssegen. (Ein interessanter Beleidigungsprozeß eines Polizeibeamten.) Im August d. Js. in den Abendstunden, belästigte ohne Grund der Polizeibeamte Tomanek, im nicht nüchternen Zustande ruhige des Weges gehende Emser Bürger und bedrohte sie mit einer Pistole. Unsere Genossen K. und Th. P. verständigten von dem Zustande des Beamten telephonisch die Kattowitzer Polizeidirektion und baten den dort diensttuenden Polizeioffizier um einen Polizeikommissar, da sie sich bedroht fühlten, damit dieser mit der fuchtelnden Waffe kein Unheil anrichtet. Der angeforderte Kommissar erschien nicht sofort, sondern erst am nächsten Tage von dem Nikolaier Kommissariat, welcher den tagsvorherigen Vorfall protokollarisch aufnahm. Genosse P. begab sich indes mit dem Sejmabgeordneten Gen. Kowoll, nach der Sicherheitsabteilung der Wojewodschaft und baten um Schutz und Abhilfe wegen solchen Polizeiübergriffen. Dort versprach man baldige Abhilfe und sofortige strenge Untersuchung gegen den Beamten. Man wartete vergebens, nichts tat sich, umsomehr überrascht waren unsere Genossen, als sie, anstatt der erhofften Abhilfe, eine Vorladung vom Burggericht Nikolai erhielten, wonach sie wegen Beleidigung der Polizeibeamten Cycon und Thomanek angeklagt worden waren. Die erste Verhandlung fand am 23. September d. Js. statt, mußte aber wegen Zeugenvorladung vertagt werden. Gestern nun fand die zweite Verhandlung vor dem Burggericht in Nikolai statt. Die nun vernommenen Zeugen bestätigten, auch der diensttuende Polizeibeamte alles das, was unsere Genossen seinerzeit telephonisch der Polizeidirektion mitteilten. Nach dem Zeugenverhör stellte der Richter dem Polizeibeamten Cycon und Thomanek anheim, die Klage zurückzuziehen, er wußte wohl warum — und sich zu versöhnen. Beide Beamten zogen die Klage zurück und auch die Angeklagten hatten gegen eine Versöhnung nichts einzuwenden und verzichten, — nicht wegen dem Charakter des Klägers, wie einer der Angeklagten sagte, sondern im Interesse der staatlichen Uniform wegen —, auf weitere Klagenerhebung. Nach erfolgtem Termin, erfolgte eine mündliche Aussprache zwischen den Polizeibeamten und den Angeklagten. Warum nicht schon lange früher? Die Aussagen der Zeugen waren recht interessant, und haben erst nur zum Teil das bestätigt, was wir seinerzeit im „Volkswille" des Artikels „Polizeiterror im Kreise Pleß" berichtet haben, anderseits widerlegt aber dieser Polizeiprozeß den gehässigen Artikel „Maulwurfsarbeit des deutschen Volksbundes und der deutschen Sozialisten im Kreise Pleß" der „Polska Zachodnia". =ar=

Nikolai. (Die Folgen der Wirtschaftskrise.) Die Wirtschaftskrise hatte auch unsere Gewerbetreibenden ziemlich hart betroffen, gleichfalls die Kleinbauern werden nicht verschont. Dies konnte man auf dem letzten Wochenmarkt besonders bemerken, denn einzelne Fleischer hatten das Pfund Fleisch mit 60 Groschen, ein Pfund Speck mit 80 Groschen angeboten. Eine Gans konnte man mit 3,50 Zloty, eine Ente mit 2,50 Zloty erstehen. Trotz des großen und annehmbaren Angebots war keine Kauflust vorhanden, denn die Konsumenten, die sich mit 90 Prozent aus Arbeitern zusammensetzen, besitzen kein Geld, um davon Gebrauch zu machen. Wir segeln langsam aber sicher dem Abgrund entgegen. Die vielgepriesene kapitalistische Wirtschaftsordnung hat bald abgewirtschaftet, denn selbige hat es fertig gebracht, Millionen Menschen brotlos zu machen. Jetzt kommt die Hauptstütze des Kapitals, der sogenannte Mittelstand an die Reihe u. zu guter Letzt rennt sich das Kapital, d. h. die Herren Schlotbarone selbst die Schädel ein, so daß das verfaulte Erbe durch die sozialistische Arbeiterschaft übernommen werden muß, die dann der Menschheit eine bessere Zukunft schaffen muß. Es wäre bald an der Zeit, daß alle Arbeiter sich dem Sozialismus anschließen, denn die Bürgerlichen hatten schon genug mit ihnen Schindluder getrieben. b.

Rybnik und Umgebung

Moszczenice. (Wohnhausbrand.) In dem Wohnhaus des Alois Sikora, in der Ortschaft Moszczenice, Kreis Rybnik, brach Feuer aus, durch welches das Wohnhausdach, sowie verschiedene Möbelstücke vernichtet wurden. Durch das Feuer wurde der Mieter Franz Gorazdzok, sowie der Wohnhausinhaber um rund 6000 Zloty geschädigt. Nach den inzwischen eingeleiteten polizeilichen Feststellungen sollen die Geschädigten nicht versichert gewesen sein. Weitere Untersuchungen sind im Gange, um die eigentliche Brandursache festzustellen. x

Bürgerin Louise

Roman aus der französischen Revolution

von Henrik Henner

45)

„Das hat wohl so den Anschein, Bürger Chaumette. Aber er schien erregt zu sein. Es dunkelte bereits. Ich stand allein mit meiner Freundin vor dem Karren im Torweg, wir waren gerade im Begriff Feierabend zu machen."

„Nun, und?"

„Da erschien er, wie gewöhnlich zu dieser Stunde, um sich zu Duplay in seine Wohnung zu begeben."

„War er allein?"

„Nein, Bürger Chaumette! Sonst hätte ich seine Rede doch nicht vernehmen können. Der „Unbestechliche" pflegt nämlich keine Monologe zu halten, ein wie großer Redner er auch sonst auf der Tribüne des Konvents ist."

„Wer war bei ihm?"

„Es war schon reichlich dunkel, Bürger Chaumette. Aber ich hielt seinen Begleiter für Souberbielle! Sie blieben vor der Tür der Maison Duplay stehen und plauderten noch eine Weile miteinander. Der „Unbestechliche" schien sehr errregt zu sein. Ich drückte mich mit meiner Freundin und dem Karren in die Ecke des Hofes; aber ich glaube, er sah uns sowieso nicht. Es war schon zu dunkel."

„Und was sagte er zu Souberbielle?"

„Er sagte: Heute habe ich denen noch einmal ihre Beute entrissen. Ich sah bei diesen Worten seine Augen leuchten. Sie blitzten wie gezückter Stahl durch das einbrechende Dunkel, Chaumette!"

„Und wen verstand er unter dieser Beute?"

„Danton — ohne Zweifel! Danton — Bürger!"

„Was hat das mit uns zu tun? Danton ist unser Feind. Danton kann er opfern."

„Er weilt übrigens mit seiner jungen Frau in Sevres."

„Das weiß ich, Poignard!"

„Ich fürchte..."

„Was fürchtet Ihr, Poignard?"

„Ich fürchte daß der Sturz Dantons auch noch andere mit in den Abgrund reißen könnte!"

„So... Am Ende den „Unbestechlichen" zu allererst mein Freund!"

„Meint Ihr das in der Tat, Bürger Chaumette? Ich habe nämlich heute noch manche andere Stimme im Torweg des Hauses Duplay gehört, die über Danton und dessen bevorstehendes Ende sprach."

„Und was meinten diese anderen Stimmen?"

„Sie meinten, daß Dantons Sturz beschlossene Sache sei. Der „Unbestechliche" zögere nur noch, weil er doch mit Danton auf der gleichen Bank im Konvent gesessen habe, weil er mit ihm wie mit dem ermordeten Marat eng befreundet gewesen ist. Er wolle das Odium darum auf andere wälzen, und dazu seien ihm Hebert und dessen Freunde gerade recht!"

„Wir, Poignard?"

„Wenn Ihr Euch zu dem Anhang Heberts zählt, dann ja, Chaumette!"

„Und weiter?"

„Ihr vermutet mit Recht, Chaumette, daß das nicht alles ist, was ich weiß, daß eine Bemerkung des „Unbestechlichen", die ich im Vorübergehen aufgefangen habe, mich noch nicht dazu veranlassen könnte, meinen einträglichen Posten als Höhrrohr des großen Chaumette im Torweg der Maison Duplay aufzugeben und auf meine zwanzig Franken zu verzichten. Um Mitternacht findet eine geheime Sitzung des Konvents, des Wohlfahrtsausschusses, des Ueberwachungskomitees und der gesetzgebenden Körperschaften im Ballsaale der Tuilerien statt. Wollt Ihr vielleicht Zeuge dieser Sitzung sein, Chaumette?"

„Und um was dreht es sich in dieser Sitzung, Poignard? Habt Ihr auch das in Erfahrung bringen können?"

„Auch das, Chaumette! Unsereiner arbeitet prompt für seine zwanzig Franken, während er seine Orangen verkauft. Es dreht sich — um den Kopf Dantons!"

Chaumette brach in einen Ausruf des Entzückens aus.

„Jubelt ja nicht zu früh, Bürger Chaumette", warnte Poignard. „Ich möchte Euch wirklich geraten haben, nicht voreilig zu triumphieren. Ich habe einem Schreiben des Konvents ein halbes Dutzend meiner köstlichen Messinablut für seine Kinder verehrt — das ist alles!"

„Und dieser Mensch war so leichtsinnig, Poignard, Euch um ein halbes Dutzend Orangen..."

„Aber nein doch, Bürger Chaumette. Er hatte eine Aktenmappe des Konvents in das Haus des „Unbestechlichen" zu tragen. Und..."

Poignard machte absichtlich eine Pause.

„Aber so redet doch weiter, Poignard, Ihr spannt mich ja auf die Folter."

„Der Mann hatte es eilig. Die Familie Duplay war im corpore ausgegangen. Der „Unbestechliche" befand sich, wie ich nachträglich erfuhr, in der Rue Saint Honore im Jakobinerklub; nicht einmal die unvergleichliche Leonore, die er zu seinem Schatz gemacht hat, war daheim. Da wollte der Mann traurig und unverrichteter Dinge mit seiner Aktenmappe wieder abziehen. Da trat ich ihm in dem Torweg entgegen. Ich stammelte in der Sprache Voltaires. Ihr könnt es mir glauben, wie ein geborener Italiener mit einem ganz gräßlichen Akzent. Ich habe mich in der Tat vor mir sebst geschämt!"

„Und da gab Euch der Kerl die Mappe?"

„Nur zum Aufbewahren!"

„Sapristi!"

„Ich gewann sein Vertrauen mit den Orangen, die ich ihm für seine Kinderchen schenkte, und ich sagte ihm, daß ich die Mappe sofort droben abgeben würde, sobald Mademoiselle Duplay zurückgekehrt sei. Es macht nämlich der Braut des großen „Unbestechlichen" Spaß, wenn sie Mademoiselle tituliert und auch bei dritten so genannt wird. Ihr verzeiht mir also diesen Rückfall in die Tage des Tyrannen, Bürger Chaumette!"

(Fortsetzung folgt.)

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung in Polen.

Um eine gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit zu sichern, hat der Arbeitsminister vor kurzem beschlossen, neue Ermächtigungen zur Verlängerung der Arbeitszeit nicht mehr zu erteilen. Diese Maßnahme soll schon Erfolge zu verzeichnen haben. Sie erleichtert insbesondere die Aufgabe der Arbeitsaufsichtsbeamten, die häufige Mißstände festgestellt haben, wie die Beschäftigung von Kindern bei verbotenen Arbeiten, Nachtarbeit von Frauen und tägliche Arbeitszeiten von 11 und mehr Stunden usw. Weiter sind Maßnahmen ergriffen worden, um in verschiedenen Betrieben den sechsstündigen Arbeitstag in 4 Schichten einzuführen. Ferner befaßt sich der Zentralausschuß für Arbeitslosenfragen augenblicklich mit dem Problem der Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten auf die größtmögliche Zahl von Personen. Insbesondere sollen die arbeitslosen Familienväter bevorzugt werden.

Stadttheater Bielitz.

Mittwoch, den 25. November (Serie Blau)
Freitag, den 27. November (Serie Rot)
Artur Schnitzlers „Der Puppenspieler“; hierauf „Liebelei“. Anfang jedesmal um 8 Uhr abends.

Samstag, den 28. d. Mts., 4 Uhr nachmittags, außer Abonnement, eine Schülervorstellung von „Jedermann“, zu bedeutend ermäßigten Preisen. —

Sonntag, den 29. d. Mts., außer Abonnement, 4 Uhr nachmittags, eine einmalige Wiederholung des Kindermärchens „Der Froschkönig oder der eiserne Heinrich“, dessen erste Aufführung alle Kinder in helles Entzücken versetzt hat. Halbe Preise. — Sonntag, den 29. d. Mts., abends 8 Uhr, außer Abonnement: „Der Schlüssel zum Paradies“, ein Schwank von Julius Horst, der im Wiener Schauspielhaus 3 Monate en suite gegeben wurde. Der 2. und 3. Akt des Schwankes spielen in der österreichischen Garnison St. Pölten. Der Träger dieses Militärschwankes ist Peter Preses. Es spielen die Damen: Flanz, Kurz, Walla und Weber, die Herren: Brück, Kayer, German, Naval, Reichert, Reissert, Schüller und Zimmermann.

Dienstag, den 1. Dezember, gibt Dela Lipinskaja ihren einzigen Abend. Mit völlig neuem Programm. Die Vorstellung findet außer Abonnement statt. Da Frau Lipinskaja nur diesen Abend verfügbar hatte, muß das Dienstag-Abonnement auf Samstag, den 5. Dezember verlegt werden.

Dela Lipinskaja, die unvergleichliche Künstlerin bringt unter der Devise: „Lachen am laufenden Band“ eine neue Auswahl aus ihrem unerschöpflichem Programm.

Felix Salten schreibt über Frau Lipinskaja: Seit der großen Yvette Guilbert ward auf dem Kabarettpodium so eine bedeutende Individualität nicht gesehen.

Bei dem Gastspiel „Dela Lipinskaja“ am 1. Dezember genießen unsere Abonnenten für ihre Sitze das Vorkaufsrecht sowie eine 10prozentige Preisermäßigung gegen Vorweisung ihrer Abonnementskarten.

Der Kartenvorverkauf findet für alle 3 Serien gleichzeitig am Freitag, den 27., und Samstag, den 28. d. Mts., von 10 bis 12½ Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags statt. Zumal nur eine Aufführung gegeben wird, ist ein serienweiser Vorverkauf untunlich.

Eine telephonische Kartenbestellung kann nicht berücksichtigt werden, weil die Abonnementskarten am Schalter behufs Abstempelung vorgewiesen werden müssen.

Ein Umtausch bereits gelöster Karten ist unzulässig. — Ab 30. November allgemeiner Kartenvorverkauf.

Danksagung. Zurückgekehrt vom Grabe unserer unvergeßlichen Gattin, Mutter, Großmutter und Tante, Theresie Szopiak, welche am Donnerstag, den 19. November l. Js., im 73. Lebensjahre gestorben ist, sprechen wir auf diesem Wege allen Verwandten und Bekannten für die zahlreiche Beteiligung am Leichenbegängnis den besten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Fleischpreise in Bielitz. Der Magistrat der Stadt Bielsko bringt zur allgemeinen Kenntnis, daß im Stadtgebiete ab 26. November 1931 nachstehende Fleisch- und Selchwarenpreise Geltung haben: 1 Kilogramm Rindfleisch mit 20 proz. Zuwage 1,40—1,60 Zloty, 1 Kilogramm Rindfleisch ohne Zuwage 2—2,20 Zloty, 1 Kilogramm Schweinefleisch mit 15 proz. Zuwage 1.80—2 Zloty, 1 Kilogramm Schweinefleisch ohne Zuwage 2—2,40 Zloty, 1 Kilogramm Kalbfleisch mit 25 proz. Zuwage 1,60—2,20 Zl., 1 Kilogr. Kalbfleisch ohne Zuwage 2,60—3 Zl., 1 Kilogramm Schaffleisch 1,60—2 Zloty, 1 Kilogramm geschnittenen Schinken 6 Zloty, 1 Kilogramm gewöhnlicher gehackter Wurst 2,40—2,80 Zloty, 1 Kilogramm Schinkenwurst 4 Zloty, 1 Kilogramm Speck 2,20—2,40 Zloty, 1 Kilogramm Schmer 2,40 bis 2,60 Zloty, 1 Kilogramm Schmalz 3,40 Zloty. — In der Markthalle: 1 Kilogramm Rindfleisch 1—1,20 Zloty, 1 Kilogramm Schweinefleisch 1,40—1,60 Zloty, 1 Kilogramm Kalbfleisch 1,40—1,80 Zloty, 1 Kilogramm frischen Speck 1,80 bis 2,40 Zloty. — Die Uebertretungen obiger Preise unterliegen im Sinne der Art. 4 und 5 der Verordnung des Präsidenten der Republik Polen vom 31. August 1926 Dz. U. Rz. P. Nr. 91, Poz. 527, einer strengen Bestrafung.

Mitteilungen des Radioklubs. Am vergangenen Donnerstag wurde den Mitgliedern der umgebaute Vereinsapparat vorgeführt, der nun zufriedenstellend arbeitet. Durch dessen Fertigstellung wurde nun der Klub in die Lage versetzt, die sogenannten Hörabende einzuführen, worüber noch später genaueres mitgeteilt wird. — An dem gleichen Abend konnten sich außerdem die Anwesenden auch mit einem 8-Röhren-Dewald-Gerät bekannt machen, einem amerikanischen Erzeugnis mit eingebautem dynamischen Lautsprecher, welcher eine vorzügliche Leistung bot. Am Donnerstag, den 26. November l. Js., wird für die Photosektion der Vortrag des Herrn Mag. Drancz fortgesetzt und eventl. wieder ein Film vorgeführt werden.

Schulpfennig-Vereinsfest. Einladung zu dem am 28. November 1931 im Gasthause des Herrn Genser in Nikelsdorf stattfindenden Schulpfennig-Vereinsfeste. Geboten werden Chöre der beiden Gesangvereine sowie Vorführungen des Vereins „Freie Turnerschaft“. Nach Schluß der Vorträge Tanz. Der Reinertrag wird für die Weihnachtsbescherung armer Schulkinder verwendet. Beginn 7 Uhr abends. Eintritt: Im Vorverkauf 1 Zl., an der Kasse 1.50.



Bombenattentat auf ein italienisches Konsulat in USA.

In Scranton im nordamerikanischen Staat Pennsylvania wurde das Haus des italienischen Vizekonsuls Fortunato Tiscar durch eine Bombenexplosion zerstört. Der Konsul und seine Frau kamen mit dem Schrecken davon, einige Personen wurden verletzt. Das Attentat wurde dem Konsul vor dem Besuch Grandis in Amerika, anscheinend von antifaschistischer Seite, angekündigt.

Alexanderfeld. (Herbstfest.) Das am Samstag, den 21. d. Mts., vom Verein der Jugendlichen Arbeiter in Alexanderfeld im Gasthause zum Patrioten veranstaltete Herbstfest fand bei ziemlichem Besuche der Jugendlichen statt. Das Programm war gut zusammengestellt und wechselten Gesangs- und Orchestervorträge. Was den Gesang anbelangt, so kann man keine Kritik üben, da es höchst anerkennenswert ist, daß trotz der wirtschaftlichen Depression unter der die Arbeiterschaft schwer leidet, sich die Jugendlichen nicht entmutigen lassen, sondern wacker lernen und singen. Nur wäre zu wünschen, daß sich die Sänger und Sängerinnen in den gesungenen Liedertext mehr hineinfühlen und mit Empfindung singen. Sonst waren die Darbietungen tadellos, und gebührt den Sängern, Sängerinnen und Dirigenten vollstes Lob. Das Volksstück: „Nächstenliebe und Menschenpflicht“ war glücklich gewählt, nur ist der Kapitalismus heute nicht mehr so sentimental. Von einer Gefühlsduselei ist er jetzt weit entfernt. Das Stück wurde sehr gut gespielt, sämtliche Spieler wurden den ihnen zugedachten Rollen vollständig gerecht. Mit dem eingeschobenen Programmpunkt: „Der verliebte Hausknecht“ wurde kein Fehlgriff gemacht, denn er trug zur Erheiterung des Publikums sehr viel bei. Die humoristische Rolle lag dem Jugendgenossen Kolinger sehr gut. Auch die Jugendgenossin Piesch machte ihre Sache gut. Das abwechslungsreiche Programm füllte die Zeit bis 12 Uhr aus, wonach auch die Tanzlustigen auf ihre Rechnung kamen. Die Jugendlichen haben mit dem Herbstfest einen moralischen Erfolg errungen, hoffentlich ist auch der finanzielle vorhanden. Trotz der großen Arbeitslosigkeit können die Jugendlichen mit dem Besuch zufrieden sein. Es ist dies ein Beweis, daß die Bestrebungen des Vereins beim Publikum volles Verständnis und Anerkennung finden. Mögen die Jugendlichen auf der beschrittenen Bahn weiterschreiten und an ihrer Vervollkommnung weiter arbeiten, dann werden auch weitere Erfolge nicht ausbleiben.

Gespräche am Abend.

Es ist Abend. Die Läden haben schon lange geschlossen. Nur in den Schaufenstern brennt das Licht. Da und dort rasseln Rolladen. Menschen gehen eilig vorüber. Ich sitze hinter meinem Fenster und lasse meine Augen teilnehmen an dem verlöschend. Leben auf d. Straße, ehe auch ich die Schlagläden herniederlasse, um mich abzusperren gegen die Welt und zu versinken in das Alleinsein des Feierabends.

Menschen kommen vorüber. Aufgeregt sind ihre Stimmen. Gesprächsfetzen kommen an mein Ohr. Ich lausche. Es ist immer dasselbe. Sorgen, Leid, Aerger. Was den ganzen Tag heruntergeschluckt wurde, befreit sich jetzt, im Nachhausegehen. Als wolle man den Aerger und die Sorgen des Alltags hinter sich lassen und befreit von ihnen nach Hause kommen. Erst hat mich das alles gar nicht interessiert, aber nun wird der Menschenstrom dichter. Da niemand mich sehen kann, werden die Gespräche lauter, ungenierter. Und nur das eine bekümmert mich, daß die Sprechenden so schnell vorbei sind und ich immer nur Bruchstücke ihrer Unterhaltung höre. Bruchstücke allerdings, die mehr verraten, als lange Sätze verraten könnten. Jetzt kommen ein paar dicke Herren vorbei: „. . . ich sage dir, wie soll ers denn machen“ . . . Sie sind vorüber. „. . . Und denn schmeißen sie ihm noch 6000 Mark im Jahr nach“ . . . sagt plötzlich jemand. Ich habe es längst aufgegeben, hinauszublicken und höre nur noch zu: „. . . . so'n Mann muß eben auch mal fühlen, wie es unsereinem zumute ist“ . . .

„Nächstes Jahr brauch ich keinen Pfennig Steuern mehr zahlen. Unberufen.“

„Wegen zwanzig Mark, die ich nicht aufbringen konnte, haben sie mir für 200 Mark Brocken weggepfändet.“

„Nächstes Jahr gehen wir alle betteln.“

„Bei wem?“

„Man hat ja gar keine Lust mehr zum Leben. Neulich . . .“

„Wer jetzt Geld hat, der kann kaufen.“

„Wenn Gustav seine Arbeit behalten hätte, hätten wir . . .“

„Und denn saß ich da mit dem Kind.“

„Ne Wohnung konnten wir ja kriegen, aber der Umzug kostet.“

„Dem sein Laden geht auch nicht mehr so.“

„Ja, und dann sind sie ihm hinter seine Schliche gekommen.“

„Vier Mark monatlich hat das Mädchen gekriegt. Da soll so'n Ding nun anständig bleiben.“

„Wenn ich zu sagen hätte.“

„Ich möchte heute so'n Posten nicht haben.“

„Also ich würde . . .“

„Solange die Menschen noch Geld haben, um sich zu besaufen.“

„Die müssen erst soweit sein, daß se auf den Knien rutschen, um Arbeit.“

„Zu schlapp, sage ich Ihnen. Zu schlapp.“

„So'n Schutzmann hat's eben auch nicht leicht.“

„Der hat schon vorigen Monat manifestiert.“

„Ja, wenn se nichmal Rumba können, wie leben Sie denn da?“

„Und denn hab ich ihm gesagt, wenn se kein'n Tariflohn zahlen wollen, denn könnense mir . . .“

„Vater darf doch nichts von wissen. Der versteht das doch nicht.“

„Ich hab nur noch eine Verkäuferin. Früher hatte ich vier. Warum soll ich die mit durchschleppen. Jetzt zum Winter nehme ich mir Aushilfen.“

„Nee, ich steh mir ganz gut bei die Zeiten. Natürlich, was so'n Arbeiter ist.“

„Aber das wird mal wieder anders. Das kann ja nicht so bleiben. Wenn se uns bloß die Partei nich kaputtmachen.“

„Das isses ja, worauf es jetzt ankommt. Nachher . . .“

Das waren ein paar Arbeiter. Männer, denen es unter all denen, die über die schlechten Zeiten klagen, sicher am schlechtesten geht, und die doch den Mut nicht verloren haben; denn wie ich nun das Fenster schließe, höre ich durch das Rasseln der niederfallenden Rolladen noch die Stimme des einen . . . . Die Zeit arbeitet für uns. Da mag kommen was will.

Wo die Pflicht ruft!“

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bielitz.

Mittwoch, den 25. November, um 7 Uhr abends: Theater und Reigen-Probe.

Donnerstag, den 26. November, um 7 Uhr abends: Volkstanzprobe.

Freitag, den 27. November, von ½7—½8 Uhr abends: Reigenprobe, um 8 Uhr abends: Theatergemeinschaft.

Samstag, den 28. November, um 6 Uhr abends: Theaterprobe

Sonntag, den 29. November, ½10 Uhr vorm.: Ordentliche Handballspieler-Versammlung. 5 Uhr nachm.: Spielabend.

Die Vereinsleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Altbielitz.

Am Sonntag, den 29. November 1931 findet um ½10 Uhr vormittags im Gasthause des Herrn Andreas Schubert eine Volksversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. die politische und wirtschaftliche Lage, 2. die Antikriegsbewegung, 3. Allfälliges. Referate deutsch und polnisch. Das deutsche Referat wird Sejmabgeordneter Gen. Kowoll aus Kattowitz halten. Genossen und Genossinnen erscheint alle!

Vorstandssitzung der Naturfreunde Bielsko. Die Vorstandssitzung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ in Bielsko findet Donnerstag, den 26. November, im Vereinslokal „Tivoli“ um 7 Uhr abends statt. Die Vorstandsmitglieder werden höflichst ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Der Obmann.

Die Hefte 9—10 „Der Naturfreund“ sind angelangt und wollen die Mitglieder dieselben in den Amtsstunden — jeden Donnerstag im Vereinslokal „Tivoli“ von ½7 Uhr bis ½8 Uhr abends — abholen.

Sozialdemokratischer Wahlverein Vorwärts in Kamitz. Am Sonntag, den 29. November, findet um 3 Uhr nachmittags, im Gemeindegasthaus in Kamitz, eine Volksversammlung mit nachstehender Tagesordnung statt: 1. Die politische und wirtschaftliche Lage; 2. Die Antikriegsbewegung; 3. Allfälliges. Referate deutsch und polnisch. Deutsch wird Sejmabgeordneter Genosse Johann Kowoll aus Kattowitz referieren. Parteigenossen, sorget für einen Massenbesuch!

Verein jugendl. Arbeiter und der T. U. R. in Lipnik. (Einladung.) Am Sonntag, den 29. November 1931 veranstalten die Jugendvereine von Lipnik, um 6 Uhr abends, im Gasthaus des Herrn Englert in Lipnik eine Trauer-Akademie, unter Mitwirkung des Arbeitergesangvereines „Freiheit“ zu Ehren des verstorbenen Genossen Georg Feikes. Zum Vortrage gelangen Gesang-, Musik- und Einzelvorträge sowie Theaterstücke. Entree freie Spende. Die Genossinnen und Genossen werden zu dieser Akademie herzlichst eingeladen.

Ein Kinderraub um des Seelenheils willen

Man vergißt leicht, wie tief das Mittelalter in die Neuzeit hineingereicht hat. Die Geschichte hat offenbar ihren Spaß daran, Naturschutzparke für ausgestorbene Ideen und politische Formen zu unterhalten, Vendeen und Baskenländer, in deren geistiger Wildnis noch Auerochsen herumlaufen. Bis zum Jahre 1870 war das wertvollste dieser politischen Naturschutzgelände der Kirchenstaat. In ihm hat sich das abgespielt, was wir hier erzählen wollen. Die Geschichte würde sogar ein sehr hübsches Pendant zu den von den Juden zum Passahfest geschlachteten Christenkindern abgeben, wenn sie nicht unglücklicherweise wahr wäre.

Am 23. Juni 1858 erschienen in dem Hause eines jüdischen Kaufmanns Girolamo Mortara Levi in Bologna päpstliche Polizisten, die den Befehl vorwiesen, sich eines der sieben Kinder des Kaufmanns zu bemächtigen, um es nach Rom zu bringen. Es handelte sich um den siebenjährigen Knaben Edgardo, der auf päpstlichen Befehl christlich erzogen werden sollte, weil ihn eine im Hause Mortara bedienstete Magd einmal, als das Kind schwer krank, heimlich getauft hatte. Das Mädchen hatte dabei nichts Böses im Sinn gehabt, im Gegenteil, es hatte die Seele des Kindes retten wollen. Der Knabe genaß, die Seelenretterin war so unvorsichtig, ihr Tun einer alten Betschwester zu verraten, die brachte es an den Drogisten Lepori, und so kam der Fall im Instanzenzug vor den damaligen Erzbischof von Bologna Viale-Prela, der ein berüchtigter Fanatiker war. Er hatte unter anderem eingeführt, daß seine Späher am Freitag und Samstag in die Privathäuser drangen, um zu schnüffeln, ob etwa Fleisch gegessen würde. Im Verein mit dem Inquisitor der Kurie (auch eine Spezies, die man im neunzehnten Jahrhundert für ausgestorben hielt!), dem Dominikaner Feletti, stürzte er sich heißhungrig auf den Fall Mortara. So erschienen also die päpstlichen Sbirren. Der Knabe lag schon im Bett. Die Mutter, die ein Kind an der Brust hatte, warf sich ihnen entgegen und erklärte, daß man sie erst töten müßte, um ihr den Sohn zu nehmen. Die anderen Kinder umklammerten die Knie der Gendarmen und flehten um Gnade für den Bruder. So verging den Männern der Mut, ihr grausames Mandat auszuführen, und sie zogen unverrichteter Sache ab, um neue Befehle einzuholen und ließen einstweilen alle Ausgänge des Hauses Mortara besetzen. Der Sant' Ufficio bewilligte vierundzwanzig Stunden Aufschub. Inzwischen sprach sich die Sache natürlich in der israelitischen Gemeinde von Bologna herum. Man glaubte, daß es sich nur um eine Erpressung durch den Erzbischof handelte, und die Juden der Stadt brachten sofort eine sehr bedeutende Summe auf, von der wir nicht wissen, ob sie angenommen wurde oder nicht. Das Schicksal des Kindes konnte sie nicht abwenden. Am Abend des 24. Juni kamen die Gendarmen wieder. Die Mutter hatte man entfernt. Der Vater brachte den weinenden Knaben bis an den Wagen und brach dann ohnmächtig zusammen. Dem Kinde hielten die Gendarmen den Mund zu, damit man sein Schreien nicht höre. Im übrigen stellten die päpstlichen Sbirren das einzig menschliche Element bei diesem unmenschlichen Vorgang. Der Wachtmeister tröstete den Kleinen mit Spielzeug und Süßigkeiten und der Unteroffizier Lucidi erklärte nachher, daß er in einem zweiten derartigen Fall den Gehorsam verweigern würde. Allen beiden war das Weinen näher als das Lachen.

Der Eindruck dieser Gewalttat war ungeheuer. Die israelitischen Gemeinden des Piemonts, Englands und Frankreichs erhoben heftigen Einspruch. Der Weltbund der Israeliten wandte sich an den Papst. Napoleon der Dritte tat diplomatische Schritte, um die Herausgabe des Kindes zu erlangen. Die Eltern Mortara fuhren nach Rom und der Vater wurde vom Papst und vom Staatssekretär Antonelli empfangen. Beide waren höflich aber unerbittlich. Die einzige Konzession, die man den Eltern machte, war die Erlaubnis, das Kind in Alatri, wo es zum geistlichen Stande erzogen werden sollte, zu besuchen. Aber da mußten sie, kaum daß sie den Knaben gesehen hatten, entfliehen, weil sich unter dem fanatisierten Landvolk das Gerücht verbreitet hatte, sie wären gekommen, ihr Kind zu ermorden, das den christlichen Glauben angenommen hatte. Die Presse wollte nicht zur Ruhe kommen. Da trumpfte die „Civilta Cattolica", das Blatt der Jesuiten, frech auf und schrieb, „daß der unerhörte Lärm um eine durchaus nicht unerhörte Angelegenheit, die in gläubigen Jahrhunderten keinerlei Erstaunen erweckt, ja nicht einmal Beachtung gefunden hätte, weil man damals noch ein bißchen Glauben hatte, nur eine Frucht des Naturalismus war". Während der Streit währte, wurde eine Entscheidung des Herzogs von Savoyen aus dem Jahre 1651 bekannt, der in einem ähnlichen Fall dem Bischof von Nizza befohlen hatte, „daß besagter jüdischer Knabe sofort freigelassen und in die Hände der Eltern gegeben werde, ohne irgendwelchen Widerspruch, und dafür zu sorgen, daß solche Fälle und Versuche aus Haß gegen die Juden in Zukunft nicht wieder vorkommen, gegen die Bestimmungen der ihnen zustehenden Privilegien und des ihnen versprochenen Schutzes". Zwei Monate nach dem Raube des kleinen Mortara hatte sich in Genua, das damals zum Königreich Sardinien gehörte, etwas Aehnliches zugetragen: ein Dienstmädchen hatte heimlich ein jüdisches Kind getauft, war aber deshalb zu Gefängnis und Schadenersatz verurteilt worden. Trotz der allgemeinen Entrüstung der öffentlichen Meinung gab der Papst nicht nach. Das seinen Eltern gestohlene Kind wurde sogar — was vom Standpunkt der katholischen Lehre ganz ungerechtfertigt war — ein zweites Mal getauft. Da die Gültigkeit und Unwiderrufbarkeit der ersten Taufe den Anlaß zu den Gewaltmaßnahmen gegeben hatten, ist diese zweite Taufe schlechterdings unverständlich. Die Eltern Mortara, die durch den ausgestandenen Kummer auch gesundheitlich gelitten hatten, übersiedelten nach Turin. Als sich dann 1859 Bologna vom Kirchenstaat loslöste, strengte der Großvater des Knaben gegen den Dominikaner Feletti und den Oberst der Gendarmerie ein Strafverfahren wegen Entführung an. Feletti saß sogar vier Monate in Untersuchungshaft. Beide wurden freigesprochen, weil sie auf höheren Befehl gehandelt hatten. Nach dem Sturz der weltlichen Herrschaft des Papstes versuchte Girolamo Mortara den inzwischen längst zum Priester geweihten Sohn zurückzuerhalten. Seine Vorgesetzten schickte ihn ins Ausland, nach Oesterreich, Frankreich und Spanien. So ist der Vater im Jahre 1871 gestorben, ohne den Sohn wiedergesehen zu haben. Eine Zusammenkunft mit der Mutter fand im Jahre 1878 erst in Italien, dann in Paris statt. Dabei versuchte der junge Priester, der dem Elternhause durch zwanzigjährige Trennung völlig entfremdet war, die Mutter zur Annahme des christlichen Glaubens und zum Eintritt in ein Kloster zu bestimmen. Man wird es verständlich finden, daß die Frau, nach ihren Erfahrungen mit christlicher Nächstenliebe, von diesem Vorschlag nichts wissen wollte. Sie starb, wie Pater Pio Edgardo selbst ausgesagt hat, im Beisein all ihrer Kinder, in dem Glauben ihrer Väter, der ihr soviel Verfolgung eingetragen hatte. — Das Wort „Unrecht Gut gedeihet nicht", bestätigte sich in dem Fall Mortara nicht. Pater Pio Mortara wurde eine Leuchte seines Ordens, Professor der Theologie, apostolischer Missionar und Kanonikus an der lateranischen Basilika. Er unterhielt auch mit seinen zahlreichen Geschwistern verwandtschaftliche Beziehungen. Deshalb ist der Fall sowohl vom Rechtsstandpunkt aus als von dem der Menschlichkeit nicht weniger ungeheuerlich, wie es unfaßlich erscheint, daß um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts die diplomatische Intervention aller Großmächte außerstande war, einen solchen den Gefühlen der Zeit ins Gesicht schlagenden Willkürakt rückgängig zu machen. Freilich ließ sich von einer Seelsorge mit Gendarmeriegewalt nicht Besseres erwarten.

Oda Olberg:



Hierauf sind die Augen der Welt gerichtet: das Gebäude der Tributbank — der Bank für Internationale Zahlungen — in Basel, wo der Sonderausschuß zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands am 7. Dezember zusammentreten wird.

Fichtes Grab wiederhergestellt

Das Grabmal Johann Gottlieb Fichtes auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin ist jetzt mit Unterstützung der Fichte-Gesellschaft wiederhergestellt worden.

Sozialistische Bildungsarbeit tut not!

Von Paul Lenzner.

Wirtschaftliche Notzeiten bieten nicht nur für politische Hasardeure ein günstiges Betätigungsfeld. Auch auf kulturellem Gebiet wittern die Reaktionäre allerSchattierungen Morgenluft. Sie wissen: wenn der Magen knurrt, schweigen die Musen, oder wie es Friedrich Engels gesagt hat, die Menschen müssen erst essen, sich kleiden, wohnen, bevor sie Philosophie, Wissenschaft und Kunst betreiben können. Derselbe Engels sagte aber auch, daß politische, religiöse, philosophische, künstlerische Faktoren aufeinander und auch auf die ökonomische Basis zurückwirken. Mit anderen Worten: auch der Geist ist ein Machtinstrument, der notwendige ökonomische Entwicklungen aufhalten oder beschleunigen kann.

Die herrschenden Klassen haben zu allen Zeiten die Richtigkeit dieserThese erkannt und rücksichtslos angewandt. Wenn sie den Unterdrückten nicht immer Brot geben konnten, dann haben sie diese wenigstens durch Spiele über ihre traurige Lage hinwegzuhelfen versucht. Wissen haben sie in ihren Schulen dem „Volk" immer nur soviel vermittelt, als zur Aufrechterhaltung des Produktionsprozesses notwendig war. Zu viel Wissen macht nur unzufrieden und zur Arbeit, besser gesagt zur Ausbeutung, untauglich. Ein Agrarier hat es im preußischen Landtag der Vorkriegszeit, den die Hugenberg und Seldte so sehr herbeisehnen, ganz offen ausgesprochen, daß der dümmste Arbeiter der beste ist.

Das tragische an dieser Tatsache ist, daß der Unterdrückte sich wohl gelegentlich gegen wirtschaftliche Not und Ausbeutung zur Wehr setzt, daß er aber geistige Abhängigkeit und Unterdrückung gar nicht empfindet. Erst durch die intensive Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie kommt dem Arbeiter allmählich zum Bewußtsein, daß er nicht nur um seinen Lohn von der Kapitalistenklasse betrogen wird, sondern daß auch sein Denken und Fühlen mit Hilfe der Bildungseinrichtungen des alten Obrigkeitsstaates planmäßig unterdrückt und in Fesseln geschlagen worden ist.

Deshalb muß immer wieder daran erinnert werden, daß mit der wirtschaftlichen und politischen Emanzipation der Arbeiter einhergehen muß die geistige Befreiung von überlieferten Gefühlen und Denkformen. Das ist der tiefere Sinn jeder sozialistischen Bildungsarbeit. Nicht kritiklose Uebernahme des bürgerlichen Bildungsgutes, sondern Weckung der so lange verschüttet gewesenen seelischen und geistigen Kräfte im Proletariat zur Lösung der ihm von der Geschichte gestellten Aufgaben! Leider wird in wirtschaftlichen Notzeiten und politischen Hochkonjunkturen diese Forderung von der Arbeiterschaft hintenan gestellt. Zur Freude unserer Gegner, die in solchen Zeiten um so nachhaltiger ihre geistigen Machtpositionen ausbauen und befestigen können. Wir erinnern nur an den wachsenden Einfluß der Hakenkreuzler auf die höheren Schulen und Universitäten, an die Bestrebungen zur Wiedereinführung der Zensur, an die Verbote pazifistischer Filme und ähnliches. Einer Klasse, der die Zukunft gehört, kann doch nicht gleichgültig sein, in welchem Geist die akademische Jugend heranwächst, die uns in zehn Jahren als Lehrer, Verwaltungsbeamte, Richter und Aerzte gegenübersteht! Aber auch die freiheitliche Ausgestaltung der Volksschule ist bedroht durch die steigenden Machtansprüche der Dunkelmänner innerhalb und außerhalb der Kirche. Soll uns nicht unser eigener Nachwuchs entgleiten, müssen wir auch auf kulturellem Gebiet aktiv werden. —

Schicksal und Zukunft der Arbeiterbewegung hängen von der Erkenntnis dieser Zusammenhänge ab. Gewiß, die Lösung der wirtschaftlichen Probleme hat augenblicklich im Vordergrunde des Interesses zu stehen. Die bevorstehende Preußenwahl erfordert die Anspannung aller Kräfte. Aber wann hat die Arbeiterklasse in ihrem Jahrzehnte währenden Aufstieg nicht wirtschaftliche Notzeiten und nicht politische Hochkonjunktur gehabt. Sind wir nicht stolz darauf, nicht nur ständig das Schwert geführt, sondern auch gleichzeitig die Kelle zum Neuaufbau gehandhabt zu haben? Ich denke an den Aufbau unserer Jugend- und Kinderfreunde-Bewegung, an die Sport- und Kultur-Organisationen, die sich die Arbeiterklasse neben ihrer politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit aus eigener Kraft geschaffen hat. Nicht Ueberschätzung der Bildungsarbeit, aber auch nicht Unterschätzung, wenn wir nicht der Reaktion auf kulturellem Gebiet Vorschub leisten wollen! Kräfte auch für diese Arbeit freizumachen ist eine unserer dringendsten Aufgaben. Wie politische und kulturelle Reaktion eng miteinander verflochten sind, so hängt auch die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse letzten Endes von den geistigen und sittlichen Kräften ab, die wir vermögen lebendig zu machen. Wer heute dem Kulturaufbau das Wort redet, schaltet gerade diejenigen Faktoren aus, die zur Ueberwindung der gegenwärtigen sozialen Krise erforderlich sind. Deshalb: Steigerung unserer Aktivität auf allen Gebieten, sozialistische Bildungsarbeit nicht hintenanstellen!

Das Auge des Herrn

Kaum hat der Plantagenassistent den Kulis den Rücken gedreht, so ruht die Arbeit. Der eine hört zu jäten auf, der andere hört zu schaufeln auf, der dritte fängt zu schlafen an. So ist es: nicht nur hier in Batauk Banar Estate in Hinterindien, sondern allerorts, wo es Plantagenassistenten und Kulis gibt.

Wie wäre dem Uebelstand abzuhelfen? Oft muß der Assistent nach einem anderen Landblock gehen, wo neue Bäumchen eingepflanzt werden: auch das geht ohne seine Aufsicht nicht. Man kann doch nicht die Augen auf zwei Plätzen haben: hier und eine Meile weit ab! — Wenn man es freilich recht bedenkt, der Assistent von Batauk Banar Estate könnte das eigentlich doch machen. Er besitzt nämlich in Wirklichkeit nur ein Auge: das zweite ist ein Glasauge, und das kann man ja herausnehmen und hinlegen, wo man will.

Der Assistent hat einen guten Einfall.

Eines Tages ruft er die ganzen Kulis zusammen. „Bahi angin", schreit er, „ihr Hundskerle, ihr glaubt, ihr könnt mich hintergehen. Ich werde euch mal etwas zeigen." Der Assistent geht nach dem nächsten Baumstumpf (abgeschnittene Urwaldriesen stehen zwischen den jungen Gummibäumchen umher), nimmt sein falsches Auge heraus und legt es auf den Stumpf. „Dieses Auge", sagt er, „wird auf euch aufpassen. Wer nicht arbeitet, das sehe ich von jetzt ab. Dem wird eine Woche Lohn abgezogen."

Schrecken und Staunen verbreiteten sich unter den Kulis, als der Plantagenassistent sein Auge herausnahm. „Der Tuan, unser Herr, ist ein Zauberer," klang es von allen Seiten. Die Kulis schlichen um das Auge auf dem Baumstumpf herum, sahen es starr auf sich gerichtet und begannen sogleich zu arbeiten. Sie jäteten mit Eifer und Sorgfalt das verderbliche Allangallangras aus, dessen spitze Wurzeln in die Wurzeln der Gummibäume eindringen und ihnen den klebrigen Saft aussaugen, um dessentwillen man sie gepflanzt hat.

Wochenlang ging die Sache vortrefflich. Das Auge lag stets auf dem Stumpf und die Arbeit schritt munter fort.

Eines Tages jedoch hatte einer der Kulis ebenfalls einen Einfall. Der war genau so witzig wie der des Assistenten. „Wie wäre es", meinte der Kuli, „wenn wir das Auge des Assistenten bedecken würden! Dann kann er nicht mehr sehen, was wir tun, und er weiß nicht, ob wir arbeiten oder faulenzen". Gesagt, getan, der Kuli nahm seinen alten Topi, den Sommerhut, schlich auf den Baumstrunk zu und warf den Hut rasch über das wachende Auge. Als der Plantagenassistent zurückkam, fand er die Kulis selig schlummernd vor.

Heinrich Hemmer.

Leinert wird wieder Präsident des Preußischen Landtags

Berlin. Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtages beschloß, den Abg. Leinert zum Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Bartels vorzuschlagen. Die Koalitionsparteien sollen bereits ihr Einverständnis mit dieser Kandidatur ausgesprochen haben.

Deutsch-italienische Handelsvertrags-Verhandlungen

Berlin. Die deutsch-italienischen Verhandlungen über ein Zusatzabkommen zum Handelsvertrag werden voraussichtlich am Freitag, den 27. November, in Rom beginnen. Eine Abordnung unter Führung des deutschen Generalkonsuls in Mailand, Dr. Schmitt, reist am 25. November aus Berlin nach Rom ab.

Einsteins Feldzug gegen die allgemeine Wehrpflicht

Kopenhagen. „Politiken" veröffentlicht am Montag einen Artikel von Professor Einstein, worin Einstein den Nachweis führen will, daß die allgemeine Wehrpflicht an dem Unfrieden in der Welt schuldig sei, weshalb er der Abschaffung der Wehrpflicht verlange. „Politiken" bringt ein Zirkular, dessen Spalten die entschiedenen Wehrpflicht-Gegner ausfüllen sollen.

Vermischte Nachrichten

Dickens geheimes Arbeitszimmer.

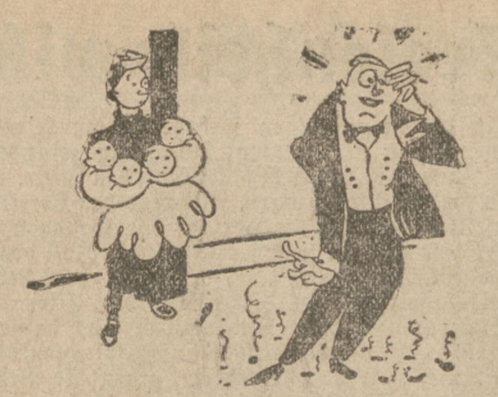
Wie sehr Dickens in den letzten Jahren seines Lebens unter seiner Berühmtheit zu leiden hatte, und wie er nur durch ein geschicktes Versteck zum Schaffen kam, zeigen die Erinnerungen des einzigen noch lebenden Dieners des Dichters, George Chapman Woolley, der dieser Tage seine goldene Hochzeit feierte. Der Greis, der noch jetzt als Gärtner tätig ist, wurde bei dieser Gelegenheit ausgefragt und er zählte von seiner ersten Stelle: „Ich war 17 Jahre, als ich nach Gads Hill Place kam, dem Hause, in dem Dickens so viele Jahre gelebt hat und auch gestorben ist. Ich wurde nicht nur zu Gärtnerdiensten verwendet, sondern hatte auch manch andere Aufgaben. Auf der Straße warteten stets Haufen von Menschen, die den großen Dichter sehen wollten. Sie konnten beobachten, wie er in den Garten ging, aber daß er aus dem Hause herauskam, sahen sie niemals, denn er verschwand. So standen sie und warteten sie, während Dickens unterdessen auf der anderen Seite der Straße eifrig an seinem letzten Buch schrieb. Das geschah auf folgende Weise: Einige Verehrer hatten Dickens ein schönes Häuschen auf der anderen Straßenseite gegenüber seinem Heim gebaut; Dickens hatte sich einen unterirdischen Gang unter dem Rasen seines Gartens anlegen lassen, der unter der Straße hindurchführte und in einem geheimen Zimmer endete, in dem er ungestört arbeiten konnte. Eine meiner Aufgaben bestand nun darin, jeden Morgen in das Häuschen gegenüber zu gehen und das Zimmer für den Dichter herzurichten. Es mußte immer alles blitzblank und sauber sein, denn Dickens trug sehr feine Kleidung. Sein Lieblingsanzug war eine schwarze Samtjacke mit gestreiften Beinkleidern. Bevor er seinen unterirdischen Gang antrat, lief er jeden Morgen fünf- bis sechsmal durch den Garten, um sich einige Bewegung zu machen, gefolgt von seinen zwei Lieblingshunden, die hinter ihm hertollten und bellten."

Cocktails

sind keine moderne Erfindung. Sie waren in Amerika bereits vor hundert Jahren bekannt. Schon Captain Harryat, der bekannte Schriftsteller, der 1848 starb, erwähnt in einer Reisebeschreibung Cocktails und ihre Beliebtheit bei der amerikanischen Jugend. Er sagt, daß der Knabe von 15 Jahren ein Mann sein wolle, in Kneipen gehe, Cocktails trinke, Tabak kaue und über Politik spreche. Auch in den Romanen Thackerays und Hawthornes werden Cocktails erwähnt.

Das Hauptnahrungsmittel der Menschen

ist nicht Brot, sondern Reis, der mehr als der Hälfte der Bevölkerung der Erde fast als einzige Nahrung dient.



Der ahnungslose Papa

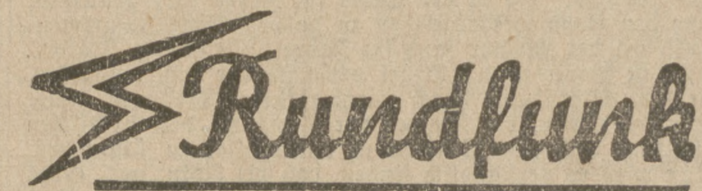
„Sagen Sie es mir nicht — ich will raten ob es ein Junge oder ein Mädchen ist!" (Judge.)

Daher der Name.

Karl Radek war einmal im Auftrage des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationle in Berlin. Da wurde er von einem deutschen Kommunisten gefragt: „Wir lesen immer in der Zeitung von der Moskauer „Prawda" und „Iswestija"; was heißt das eigentlich auf deutsch?" Radek, ein gründlicher Kenner der sowjetrussischen Presse, erklärt: „Prawda" heißt Wahrheit, und „Iswestija" heißt Nachrichten. Und, weißt du, in der „Prawda" findest du keine Wahrheit und in den „Iswestija" keine Nachrichten."

Der Kork

wird von der Korkeiche gewonnen, die in Südeuropa heimisch ist; die besten Qualitäten kommen aus Spanien. Die Rinde dieser Korkeiche ist sehr dick und setzt in jedem Jahre neue Schichten an. Alle acht Jahre fallen die Schichten von selber ab, aber die besseren Qualitäten erzielt man, wenn die Rinde abgeschält wird, ehe sie von selber abfällt.



Kattowitz — Welle 408,7

Donnerstag. 12,35: Aus Warschau. 16,20: Französisch. 16,40: Schallplatten. 17,35: Solistenkonzert. 20,30: Aus Prag. 22,15: Schallplatten. 22,45: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Donnerstag. 12,15: Vortrag. 12,35: Schulfunk. 14,45: Schallplatten. 15,25: Vorträge. 15.50: Jugendstunde. 16,20: Vorträge. 17,35: Solistenkonzert. 18,50: Vorträge. 20,15: Unterhaltungskonzert. 21,25: Vortrag. 22,35: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259. **Breslau Welle 325.**

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11,35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12,35: Wetter.
15,20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.
12,55: Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13.50: Zweites Schallplattenkonzert.

Donnerstag, 26. November. 6,30: Funkgymnastik. 6,45: Schallplattenkonzert. 9,10: Schulfunk. 12,10: Was der Landwirt wissen muß! 15,25: Kinderfunk. 15,50: Das Buch des Tages. 16,05: Konzert. 16,35: Unterhaltungskonzert. 17,15: Landw. Preisbericht; anschl.: Alte und neue Kinderspiele. 17,40: Rhythmische Körpererziehung als Hilfe beim Schulunterricht. 18: Das wird Sie interessieren! 18,15: Stunde der Musik. 18,45: Stunde der Arbeit. 19,10: Wetter; anschl.: Konzert. 19,45: Die Entwicklung der Sprache des Kindes. 20,15: Musik der Oper Martha. 21: Blick in die Zeit. 21,15: Violinkonzert. 22,20: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,40: Schlesische Arbeitsgemeinschaft. 22,50: Zehn Minuten Sport für den Laien. 23: Kabarett auf Schallplatten. 24: Funkstille.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka. Verlag und Druck „VITA", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

Versammlungskalender

Maschinisten und Heizer.

Königshütte. Am Sonntag, den 29. November, vorm. 9½ Uhr, findet im Volkshaus, Königshütte, eine Mitgliederversammlung statt. Als Referent erscheint Gew.-Sekr. Gen. Gorny vom Afa-Bund. Es wird zahlreicher Besuch erwartet.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Mittwoch: Polit. Diskussionsabend.
Donnerstag: Lichtbildervortrag.
Freitag: Gesang ab 20,30 Uhr.
Sonntag, den 29. November 1931: 19,30 Uhr Heimabend.
Sonntag, den 6. Dezember 1931: Jugendtreffen in Bismarckhütte.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Mittwoch, den 25. November: Vortrag B. f. Arb.-Bildung.
Donnerstag, den 26. November: Theaterabend (Dantons Tod).
Freitag, den 27. November: Kampfliederabend.
Sonnabend, den 28. November: Bastelabend.
Sonntag, den 29. November: Heimabend.

D. S. J. P. Myslowitz.

Mittwoch, den 25. November: Musikprobe.
Sonnabend, den 28. November: Diskussionsabend.
Montag, den 30. November: Gesellschaftsspiele.
Jeder Abend findet pünktlich um 6 Uhr statt!

Freie Sänger.

Siemianowitz. Da die nächsten Proben äußerst wichtig sind, ist vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.

Kostuchna. In dieser Woche findet die Uebungsstunde bestimmt am Donnerstag statt.

Kattowitz. (Ortsausschuß.) Sonnabend, den 28. d. Mts., abends 6½ Uhr, im Zentralhotel Kartellsitzung. Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Königshütte. (An die Gewerkschaften-, Partei- und Kulturvereinsmitglieder.) Am Donnerstag, abends 20 Uhr kommt durch das Oberschlesische Landestheater das Revolutionsdrama „Dantons Tod" zur Aufführung. Infolge der Wuchtigkeit der Handlung und wobei 65 Personen mitwirken, kann allen unseren Gewerkschafts- und Parteimitgliedern empfohlen werden, sich dieses, selten zur Aufführung gelangende Drama, anzusehen. Verbilligte Eintrittskarten sind beim Bibliothekar Parczyk im Volkshause erhältlich. Sorgt für Massenbesuch!

Nikolai. Am Sonnabend, den 28. November um 7 Uhr abends, findet im bekannten Lokal eine gemeinsame Sitzung des engeren Vorstandes, sowie des kommunalen Fraktionsklub der D. S. A. P. statt.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Königshütte. Am Dienstag, den 8. Dezember, um 7 Uhr abends, findet im Volkshaus, Krol.-Huta, eine Theateraufführung statt. Gegeben wird ein Lustspiel aus Robert und Bertrams lustigen Streichen betitelt: „Die Erben von Schnubelpitsch". Karten von 0.50, 0.75 und 1.00 Zloty. Vorverkauf in der Bibliothek des B. f. Arb.-Bildung.

Königshütte. Am Mittwoch, den 25. November, abends 7 Uhr, findet im Volkshaus ein Vortrag statt. Als Referent erscheint Sejmabgeordneter Genosse Kowoll. Thema: Einführung i. d. polit. Denken. Wir bitten alle unsere Gewerkschaftler, Parteigenossen und Kollegen, zu diesem Vortrag zu erscheinen.

Bismarckhütte. Am Montag, den 30. November, findet im Lokale des Herrn Brzezina, ein Vortrag des Herrn Lehrer Lamozik statt. Anfang um 6½ Uhr abends.